

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 112

MAI 1994

50 Pfennig

## Brecht mit SPD, PDS – Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! Gewerkschaften, Immigranten: Macht mobil, stoppt die Nazis!

Mit dem geplanten Fußball-Länderspiel Deutschland/England am 20. April in dem von Hitler erbauten Olympia-Stadion wollte der Berliner CDU/SPD-Senat den Jahrestag von Hitlers Geburt „zu einem wahren Volksfest“ machen. Dafür sollte Berlin zu einer kompletten Polizeifestung ausgebaut werden, um zu zeigen, daß Ordnung in der Hauptstadt herrscht. Gleichzeitig nahm der Senat in Kauf, daß sein obszönes nationalistisches Spektakel als Plattform für Nazi-Terror diene. Wegen zunehmender Empörung von Gewerkschaften, Immigranten und Antifa-Jugendlichen wurde dieses makabre Spektakel abgesagt.

Aber Nazi-Terror ist kein Spiel, und die Faschisten „feierten“ Hitlers Geburtsdatum mit Terror- und Mordanschlägen. Schon am 25. März wurde die Lübecker

*Fortgesetzt auf Seite 19*



Spartakist

20. April: Spartakist-Block auf Demo für die Freilassung von Antifa Gençlik

## Berlin: FAP-Provokation droht am 1. Mai

Zum dritten Mal droht am 1. Mai in Berlin ein Aufmarsch der faschistischen FAP. *Dies ist ein direkter Angriff gegen die gesamte Arbeiterbewegung.* Berlin ist eine Arbeiterstadt! Sollten die Faschisten diese Provokation tatsächlich wagen, müssen sie gestoppt werden durch eine Einheitsfrontaktion, die die entschlossenen Teile der organisierten Arbeiterbewegung mobilisiert, zusammen mit ihrem strategischen Anteil von Immigranten, und die sich mit allen geplanten Opfern der Faschisten und anderen antifaschistischen Gruppen verbindet, um die Nazi-Provokation zu verhindern. Eine starke und organisierte Antwort der Arbeiterklasse würde ein Signal für ganz Europa sein.

Der FAP-Aufzug 1992 in Prenzlauer Berg konnte von Antifaschisten erfolgreich verhindert werden. Aber als 1993 die Nazis in Lichtenberg unter der Hetzparole „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeitnehmer“ aufmarschierten, wurden Gewerkschafter, die direkt von der DGB-Kundgebung gegen die Faschisten mobilisierten, von der Polizei gestoppt und der IG-Metaller Hans Köbrich festgenommen.

Viele Kollegen und Kolleginnen von ÖTV, HBV und IG Metall wollen am 1. Mai gegen die Faschisten han-

deln. Jetzt erklärt Berlins DGB-Vorsitzende Bretz, Berlin dürfe am 1. Mai nicht zum „Schauplatz rechtsextremistischer Gewaltpropaganda“ werden. GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus rufen auf, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern. Allerdings appellieren sie gleichzeitig an den Senat, „diesen neofaschistischen Aufzug zu verbieten“. Appelle an den bürgerlichen Staat, der erst Mitte April eine geheime FAP-Versammlung in Berlin geschützt hat, sind nicht nur dumm. Es ist auch gefährlich, sich an den Staat des Kapitals zu richten, der notwendigerweise gegen Arbeiter, Immigranten und Linke vorgeht.

Wir vergessen nicht, daß der 1. Mai 1933 der Auftakt war für die Zerschlagung der Arbeitermassenorganisationen durch die Nazis. Zehntausende wurden verhaftet und viele ermordet. Aber wenn die Arbeiterorganisationen lange vor der Machtergreifung Hitlers vereint die Nazis zerschlagen hätten, hätte es keinen Holocaust gegeben. Wie bei der Massendemonstration im Januar 1990 in Treptow, wo 250 000 Antifaschisten gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals demonstrierten, kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei für Arbeitereinheitsfrontaktion, um die Nazi-Provokation zu stoppen!

## Ein revolutionäres Programm für die Jugend



**TROTZKI**

*Der Hungerlohn-Plan der französischen Regierung für jugendliche Arbeiter provozierte einen explosiven Aufruhr sozialer Kämpfe von Studenten und Arbeitern, der auch gewerkschaftliche Unterstützung erhalten hat. In Deutschland werden Jugendliche besonders nach der kapitalistischen Wiedervereinigung zu Opfern von Bullenterror und Nazi-Anschlägen sowie einer Massenarbeitslosigkeit, die in der Ex-DDR unvorstellbar war. Vor allem die Jugendlichen der*

*zweiten und dritten Generation von Immigranten sind die Zielscheibe eines Systems, das ihnen alle demokratischen Rechte verweigert und sie jederzeit mit Abschiebung bedroht.*

*Auf ihrer Gründungskonferenz 1938 sprach Leo Trotzki's Vierte Internationale besonders die Unterdrückung der Jugendlichen an und gründete eine Jugendinternationale mit einem Programm, die Militanz der Jugendlichen im Kampf für die proletarische Macht unter der Führung einer revolutionären Avantgardepartei zu mobilisieren.*

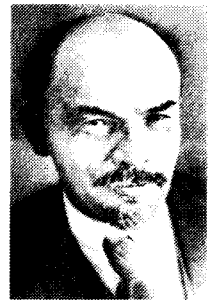
Der Kapitalismus, ob unter einem autoritären oder einem liberalen Regime, gibt die Unfähigkeit zu, das Elend und Leid der Arbeiterjugend auch nur im geringsten zu erleichtern. Die Jugendlichen wollen einen Beruf, und wenn der Kapitalismus (selten genug!) bereit ist, ihnen einen zu geben, dann nur, um sie um so besser an eine Maschine zu ketten, die morgen stillstehen wird und sie genau neben den Reichtümern hungern lassen wird, die von ihnen produziert worden sind. Die Jugendlichen wollen arbeiten, um mit ihren Händen zu produzieren, um ihre Kraft zu gebrauchen, und der Kapitalismus bietet ihnen die Perspektive der Arbeitslosigkeit oder „der Ausübung der Arbeit unter anderen Bedingungen als den normalen Produktionsbedingungen“ – nach der ausgezeichneten heuchlerischen Definition von Arbeitslagern durch den Völkerbund – oder der Rüstungsproduktion, die Zerstörung statt Besserung erzeugt. Die Jugendlichen wollen lernen, und der Weg zur Kultur ist ihnen versperrt. Die Jugendlichen wollen leben, und die einzige Zukunft, die ihnen geboten wird, ist die, vor Hunger zu sterben oder auf dem Stacheldraht eines neuen imperialistischen Krieges zu verrotten. Die Jugend-

*lichen wollen eine neue Welt schaffen, und es ist ihnen nur gestattet, eine verrottende Welt zu erhalten oder zu festigen, die in Stücke fällt. Die Jugendlichen wollen wissen, was morgen sein wird, und die einzige Antwort des Kapitalismus an sie ist: „Heute müßt ihr euren Gürtel noch ein Loch enger schnallen; morgen werden wir sehen... Sowieso wird es für euch vielleicht kein morgen geben.“ ...*

Die Aufgabe, die arbeitslosen Jugendlichen vor Elend, Verzweiflung und faschistischer Demagogie zu bewahren, sie zurück in die Produktion zu bringen und sie dadurch eng an die Arbeiterklasse zu binden, ist eine lebenswichtige Aufgabe für die Zukunft des Proletariats...

*Das endgültige Verschwinden der Jugendarbeitslosigkeit ist aufs engste verbunden mit dem Verschwinden der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Der Kampf für die Verlängerung der Schulzeit und für die Pflicht zur wiederholten technischen Ausbildung ist eng verknüpft mit dem Kampf für die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Der Kampf, dem Kapitalismus diese Reformen abzurufen, die darauf abzielen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterjugendlichen zu entwickeln, ist aufs engste verbunden mit dem Kampf für die Arbeiterkontrolle der Industrie und für Fabrikkomitees. Der Kampf für öffentliche Arbeiten ist eng verknüpft mit dem Kampf für die Enteignung der Monopole, für die Verstaatlichung des Kreditwesens, der Banken und der Schlüsselindustrien. Der Kampf, alle Bemühungen zur Militarisierung zurückzuschlagen, ist aufs engste verbunden mit dem Kampf gegen die Entwicklung der Tendenzen zum autoritären Staat und gegen den Faschismus, mit dem Kampf für die Organisierung von Arbeitermilizen. Genau in dem Rahmen des Übergangsprogramms der Vierten Internationale sollte das vorliegende Programm entwickelt und angewandt werden. Genau unter dem Banner des um die Macht kämpfenden Proletariats wird die Vierte Internationale die Forderungen der ausgebeuteten Jugendlichen gewinnen.*

„Resolution zur Jugend“, Die Internationale Konferenz der Jugend der Vierten Internationale (September 1938)



**LENIN**

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)  
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54  
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02  
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 112

Mai 1994

## SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
  - Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
  - Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Sp 112

### Neue Adresse:

Postfa. h 555  
10127 Berlin

Konto 11988-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60

# Die blutigen NATO-Imperialisten schlagen zu — Verteidigt Serbien! UNO/NATO-Streitkräfte raus aus dem Balkan, jetzt!

In einer finsternen Kampagne drohen die imperialistischen Mächte, aktiv einzugreifen und den dreijährigen Krieg scharf zu eskalieren, der im ehemaligen Jugoslawien wütet. Am 22. April stellte die NATO den Serben ein Ultimatum und verlangte, daß diese sofort ihre Kräfte zurückziehen, die die Moslem-Enklave Gorazde in Ost-Bosnien belagerten, und keine der vier anderen UN-erklärten „Sicherheitsgebiete“ angreifen würden — andernfalls würden sie Serbien bombardieren. Die Kriegsdrohung der NATO wurde jetzt von Jelzins Rußland unterstützt. Zwar haben die bosnisch-serbischen Kräfte Berichten zufolge angefangen, ihre Artillerie zurückzuziehen, doch die Imperialisten könnten jeden Moment militärisch zuschlagen.

Die Westmächte sind zunehmend über ihre Unfähigkeit frustriert, in diesem Pulverfaß Europas Ordnung herzustellen. Die imperialistische Wirtschaftsblockade gegen Serbien, die schreckliches Leiden für die Zivilbevölkerung bedeutet — besonders für alte Menschen, Kinder und die Armen —, hatte keine Auswirkungen auf den Bodenkrieg in Bosnien. Der bisherige Versuch der NATO, am 10./11. April gegen die Serben bei Gorazde militärische Gewalt einzusetzen, ging nach hinten los. Die Serben blockierten 5000 „Friedenstruppen“ in ganz Bosnien, serbische Flak-Schützen schossen ein britisches Kampfflugzeug vom Typ Sea Harrier ab, und die Offensive gegen Gorazde wurde verschärft.

Die jüngsten militärischen Schritte der westlichen Imperialisten reflektieren unterschiedliche Gelüste auf dem Balkan. Clintons Weißes Haus pocht auf die „Glaubwürdigkeit“ der NATO — und auf seine eigene —, bei dem Versuch der USA, als Oberbulle einer „Neuen Weltordnung“ zu fungieren ... ohne amerikanische Verluste zu riskieren. Der wiedervereinigte deutsche Imperialismus, der 1991 das Auseinanderbrechen Jugoslawiens anzettelte, will seine historische Oberherrschaft auf dem westlichen Balkan — Slowenien, Kroatien und Bosnien — wiedererrichten. Inzwischen will Rußland nach der kapitalistischen Konterrevolution, die die Sowjetunion zerstört hat, seinen „Großmacht“-Status in der Region bekräftigen. Besonders gegenüber seinem traditionellen Klientenstaat Serbien.

Aber trotz auseinandergender langfristiger und kurzfristiger Interessen — die Amerikaner wollen weitergehen und die Moslems bewaffnen, die Franzosen und Briten sorgen sich über ihre Bodentruppen, die Russen wollen Serbien nicht zu sehr gedemütigt sehen — sind sie alle im Moment dabei vereint, die Serben auf Linie zu zwingen und eine imperialistische Zerstückelung der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu erzwingen.

Von Anfang an haben wir die Werktätigen dazu aufgerufen, Serbien gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen, während wir uns in dem brudermörderischen Bürgerkrieg zwischen Serben, Kroaten und Moslems *allen Seiten* entgegenstellen. Die nationalistischen Greuelthaten, die im früheren Jugoslawien von allen Seiten begangen werden, verblasen im Vergleich mit dem Völkermord des deutschen Reiches an Slawen, Juden und Roma auf dem Balkan und den weltweiten Verbrechen des nuklear bewaffneten US-Imperialismus.

Washington juckte es schon länger in den Fingern, den Serben eine blutige Lehre zu erteilen, daß sie dem imperialistischen Diktat Gehorsam zu leisten haben. Ende Februar schossen amerikanische Kampfflugzeuge vier Flugzeuge über Zentralbosnien ab. Pläne der USA, Bodenstellungen vor Sarajevo zu bombardieren, wurden fallengelassen, als Jelzins Rußland einem von den Deutschen vermittelten Abkommen zustimmte, die Serben dazu zu bringen, Artillerie aus ihren Belagerungspositionen zurückzuziehen.

Um das Abkommen zu besiegeln, wurden russische „friedenssichernde“ Kräfte unter UN-Helmen nach Bosnien verlegt. Die inzwischen kapitalistische russische Armee handelt dabei als Strohhalm und Handlanger für Bonns Plan, durch Druck auf Serbien eine imperialistische Aufteilung von Ex-Jugoslawien zu erzwingen. Dies würde eine von Deutschland dominierte großkroatische Föderation mit Bosnien schaffen, während Rußland Einfluß auf einen serbischen Klientenstaat bekäme, zu welchem Zweck auch immer. Wir haben gewarnt, daß dieser Kuhhandel „die Balkankriege noch blutiger machen würde, als sie es jetzt schon sind“.

Im März besuchte Außenminister Kinkel Moskau, wo er 8,3 Milliarden D-Mark Unterstützung für den russischen Abzug aus Ostdeutschland zusicherte; in der Folge wurde die russische Armee nach Bosnien geschickt. Gleichzeitig war der türkische Außenminister Çetin da, wo er die Zustimmung des Kreml für Ankaras Angebot erhielt, 2500 Mann Elitetruppen nach Bosnien zu senden. Jetzt schrieb die SPD-nahe *Zeit* (15. April): „Rußland muß nicht nur in die Strategie der Verhandlungen, sondern auch in die des militärischen Drucks einbezogen werden.“

Der serbische Artilleriebeschuß von Gorazde war seinerseits eine Antwort auf eine gesteigerte militärische Offensive der Moslems. Obwohl die USA die guten Dienste Rußlands schätzen, Druck auf seine orthodoxen „kleinen Brüder“ in Serbien auszuüben, so daß diese nicht über die Stränge schlagen, wollen sie ganz klarstellen, wer hier das Sagen hat. Jelzin beschwerte sich lautstark, daß er über die letzten Bombardierungen nicht „konsultiert“ wurde, rief aber trotzdem die Serben dazu auf, sich von Gorazde zurückzuziehen, und forderte eine UN-Besetzung der Stadt. Wir fordern: Alle US/UN/NATO-Streitkräfte, einschließlich der Russen, raus aus dem Balkan, jetzt!

Während SPD-Kanzlerkandidat Scharping in Washington die Kontinuität seiner Außenpolitik mit der der CDU-Regierung ankündigte, will CDU-Fraktions-Chef Schäuble Bundeswehreinheiten in Bosnien. Der Balkan läuft Gefahr, ein Kriegsschauplatz für immer gefährlichere imperialistische und nationalistische Machenschaften zu werden, auf dem die Stolperdrähte für einen neuen Weltkrieg zwischen den Imperialisten bereits gespannt sind. Bei einem Protest in Berkeley/Kalifornien erklärte ein Mitglied des Spartacus Youth Clubs (Jugendgruppe der Spartacist League/U.S.) am 11. April: „Studenten und klassenbewußte Arbeiter gleichermaßen, in der ganzen Welt, müssen zur Verteidigung der Serben eilen, gegen die Angriffe durch die Imperialisten, die die bluttriefenden Feinde der gesamten Menschheit sind.“ *NATO/UNO: Hände weg von Serbien!* ■

# Weg mit der Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine! Stoppt die Unterdrückung der Kurden in Deutschland!

14. April – Von New York, London, Paris, Toronto bis Sydney schlugen Demonstranten an diesem Tag Alarm gegen die drohenden Massenabschiebungen von Kurden aus Deutschland in die Folterkeller der Türkei. Aufgerufen zu den Protesten hatten die mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen. Erklärungen gegen das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und aller kurdischen Vereine wurden in englisch, französisch sowie in deutsch und türkisch herausgegeben. Die Dringlichkeit dieser Proteste wurde unterstrichen dadurch, daß in einzelnen Bundesländern SPD/CDU-Innenminister bereits Einzelabschiebungen von Kurden angeordnet hatten. Vorangegangen war das Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine im letzten November, deren Mitglieder Zehntausende von Arbeitern sind.

Mit dem Aufruf für diese internationale Protestkampagne wurde für Einheitsfrontaktionen vor den deutschen Konsulaten und Botschaften mobilisiert. In Toronto (Kanada) und in Sydney (Australien) schlossen sich PKK-Unterstützer dem Protest an und redeten bewegend über den Terror gegen Kurden. In Paris beteiligten sich die türkischen linken Organisationen CIK und ACIT an dem Protest. In London beteiligte sich Dev Genç sowie ein Block von Devrimci Sol mit Bannern und Fahnen. Von der New Yorker Kundgebung ging ein Block direkt zum Protest gegen den Besuch von Killer-Çiller. Nachfolgend drucken wir den Aufruf des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) zu den internationalen Demonstrationen ab.

Während die türkische Armee ihren völkermörderischen Krieg gegen das kurdische Volk weiter verschärft, fordert die deutsche Regierung jetzt Massenabschiebungen von Hunderten Kurden für das „Verbrechen“, gegen Massen-

mord protestiert zu haben. Die türkische Ministerpräsidentin Tansu Çiller kündigte in diesem Jahr die „Endlösung der kurdischen Frage“ an. Jedem aus Deutschland Abgeschobenen droht damit schreckliche Folter und in vielen Fällen der Tod durch das türkische Regime.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) haben sichtbar und wiederholt die Angriffe des Vierten Reichs auf kurdische Organisationen bekämpft, an Massenprotesten teilgenommen und die Arbeiterbewegung aufgerufen, entscheidende Aktionen zu unternehmen, um die Repression zu stoppen.

Als Teil einer internationalen Protestkampagne rufen jetzt die mit dem KfsV brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen in den USA, in Britannien, Frankreich, Kanada und Australien zu dringenden Protestdemonstrationen gegen die Unterdrückung der Kurden in Deutschland auf, die am 14. April in New York, London und Paris vor den deutschen Konsulaten beginnen, sowie in Toronto und Sydney stattfinden werden.

Die Demonstrationen fordern: Weg mit Deutschlands Verbot der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) und aller kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot der türkischen linken Devrimci Sol! Stoppt die Abschiebungen! In New York ziehen die Organisatoren des Protests die Parallele zu den Massenabschiebungen von Flüchtlingen aus Haiti durch die Clinton-Regierung, die an die blutige Militärjunta in den Tod ausgeliefert werden, und kämpfen gegen die Hungerblockade von Haiti und Irak durch die USA. In Frankreich werden die Demonstranten auch gegen das Verbot von zwei kurdischen Vereinen durch die Mitterrand-Balladur-Regierung sowie gegen die Abschiebung von



Der Spiegel



Der Spiegel

Links: Hessische Autobahn. Die SPD/Grünen-Regierung verfolgt Kurden, die gegen den Völkermord der türkischen Regierung protestieren; oben: von der türkischen Armee ermordete PKK-Kämpfer im Nord-Irak

# Internationale Proteste in New York, London, Paris, Toronto, Sydney:



Workers Hammer



Le Bolchévik

Oben: Gemeinsamer Protest von Troztkisten, Devrimci Sol und Dev Genç in London; rechts: Protest in Paris. Unten: Protest in New York; unten rechts Spartakisten auf der Antifa-Demo am 20. April in Berlin



Workers Vanguard



Spartakist

Jugendlichen algerischer Herkunft protestieren.

Eine türkische Regierung nach der anderen hat einen totalen Krieg gegen die kurdische Minderheit von über 15 Millionen entfacht. Mehr als 1,7 Millionen Kurden wurden in die Flucht gezwungen. Seit Jahrzehnten versucht das chauvinistische Regime in Ankara, jedes Zeichen von nationaler Existenz des kurdischen Volkes auszurotten, kurdische Musik und kurdische Sprache sind verboten; sogar das Bekenntnis, Kurde zu sein, wurde verboten. Während die türkische Regierung die verbotene PKK als „Terroristen“ verdammt, hat Ankara einen Terrorkrieg gegen das ganze kurdische Volk entfesselt.

Allein im letzten Jahr hat Ankara Berichten zufolge fast 12 Milliarden D-Mark für die mörderische Unterdrückung von Kurden im Südosten der Türkei ausgegeben. Ausgestattet mit deutschen Panzern und US-Phantom-Jets hat die

türkische Armee 874 kurdische Dörfer zerstört, die Bevölkerung vertrieben und in Lagern eingekerkert. Die Kommunalwahlen im März fanden unter Militärrecht statt, das Hauptquartier der „legalen“ prokurdischen Partei der Demokratie (DEP) wurde zerbombt und ihre sieben Parlamentsmitglieder verhaftet. 300 000 Soldaten wurden mobilgemacht, um das kurdische Gebiet zu terrorisieren.

Seit dem von den USA und der NATO geführten blutigen Golfkrieg 1991 hat die türkische Regierung ihren antikurdischen Terror auf die UN-Hungerlager für kurdische Flüchtlinge im Nordirak ausgeweitet. Und seit dem letzten Jahr haben die westeuropäischen NATO-Paten von Ankara diesen Krieg gegen die großen kurdischen Immigrantenvölkerungen nach Westeuropa gebracht. Letzten November hat die Balladur-Regierung in Frankreich über

Fortgesetzt auf Seite 22



# Wichtige Schriften von Trotzki zum ersten Mal auf Russisch erschienen

## Prometheus Research Library Buch *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*

309 Seiten, gebunden

Die Prometheus Research Library freut sich, die russischsprachige Herausgabe von Leo Trotzki's *Die Kommunistische Internationale nach Lenin* bekanntzugeben. Dieses Buch ist vorher für russische Leser noch nie erhältlich gewesen. Dieser Band, in Moskau unter wesentlicher Mithilfe von Unterstützern der Internationalen Kommunistischen Liga herausgebracht, enthält die wichtigsten Gründungsdokumente des Welttrotzkismus. Der Kern des Buches, „Der Programmwurf der Kommunistischen Internationale – Kritik der grundlegenden Thesen“ und „Und nun?“, geschrieben für den 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI), der 1928 in Moskau stattfand, hob den Kampf der Linken Opposition, der bis dahin auf die russische Partei beschränkt gewesen war, auf die Ebene der Internationale.

Dieser Kongreß folgte auf fünf Jahre bürokratischer Degenerierung der KI. Die verrotteten Früchte der stalinistischen Politik, genährt durch das giftige nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“, hatten drastisch bewiesen, wie recht Trotzki hatte mit seinem Kampf für die Wiederherstellung der Parteidemokratie und für eine Rückkehr zur Perspektive der Weltrevolution. Die Dokumente in diesem Buch lieferten den leninistischen Kommunisten die vernichtende Kritik der Opposition an der fürchterlichen Reihe von Desastern infolge des zentristischen Hin- und Herschwankens der KI – von der Unterordnung der chinesischen Kommunistischen Partei unter die kleinbürgerliche, nationalistische Kuomintang, was in der blutigen Niederschlagung der chinesischen Revolution endete, bis zur Umwandlung der britischen Kommunistischen Partei in ein linkes Anhängsel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung um die Zeit des Generalstreiks 1926.

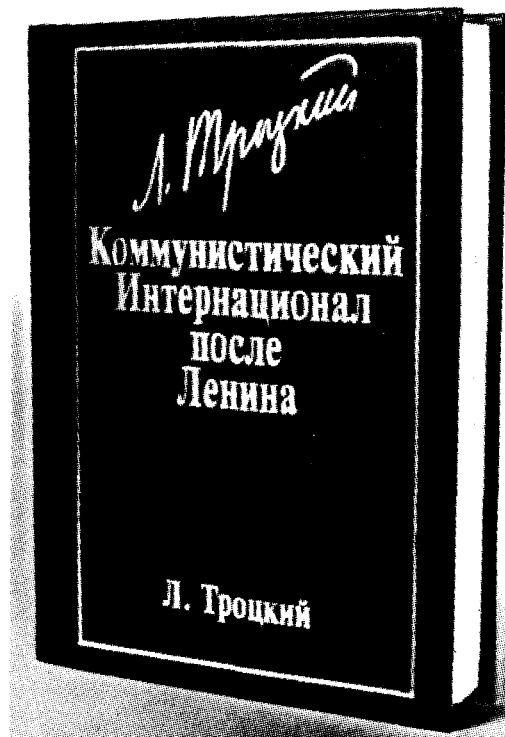
Mit ihrer glänzenden Analyse stellen die „Kritik“ und „Und nun?“ ein Handbuch kommunistischer Strategie dar. Beide Dokumente wurden auf dem 6. Weltkongreß nur in sehr eingeschränktem Maße verteilt, in einer schlecht übersetzten und zensierten Version (zum Beispiel wurde der gesamte zweite Abschnitt der „Kritik“ ausgelassen). Aber einigen der wichtigsten Kader, denen es gelang, sie zu lesen – so wie James P. Cannon und Maurice Spector, die zu den führenden Gründungskadern des Trotzkismus in Nordamerika wurden –, lieferten diese Dokumente beeindruckende politische Zuspitzung und Klarheit der revolutionären Ziele.

Nachdem diese unvollständigen englischen Übersetzungen aus der UdSSR geschmuggelt worden waren, wurden sie von den amerikanischen Trotzkiisten 1929 veröffentlicht. Zum ersten Mal erlangten die ungefestigten Gruppierungen von Trotzki's Unterstützern in Europa und anderswo Zugang zu seiner scharfsinnigen Einschätzung der Politik in der Sowjetunion und international nach Lenins Tod. Die „Kritik“ war entscheidend für die internationale Ausweitung der Linken Opposition über die Grenzen der Sowjetunion hinaus. Doch ihre unmittelbare Bedeutung ließ nach, und ihre Bedeutung nahm einen mehr historischen Charakter an, als Stalin Bucharin stürzte und die Komintern ihre Zick-Zack-Politik vollführte über die vorgeblich linken Idioten der „Dritten Periode“ bis hin zur voll entfalteten Klassenkollaboration der Volksfront, die 1935 zum Abschluß gebracht wurde.

1930 wurde eine vollständige französische Übersetzung dieser Schriften in einem Band veröffentlicht, der auch Trotzki's Artikel „Die chinesische Frage nach dem 6. Weltkongreß“ und „Wer leitet heute die Kommunistische Internationale?“ aus dem Jahre 1928 enthielt. Diese Ausgabe war die früheste, der Trotzki seine Billigung erteilte, wobei er sie zur „einzigen Ausgabe, für die ich vor den Lesern die Verantwortung trage“, erklärte. Die definitive fremdsprachige Ausgabe der „Kritik“ und von „Und nun?“, die von John G. Wright (Joseph Vanzler) aus den vollständigen russischen Manuskripten ins Englische übersetzt und von Max Shachtman mit einem Vorwort herausgegeben worden ist, wurde 1936 in New York von Pioneer Publishers als *The Third International After Lenin* veröffentlicht. Sie ist immer noch als Nachdruck bei Pathfinder Press erhältlich.

Abgesehen von einer Einführung, die von der Prometheus Research Library geschrieben worden ist, sind der Inhalt und die Reihenfolge der neuen russischen Ausgabe identisch mit der französischen Ausgabe von 1930, einschließlich Trotzki's Vorwort. Die Artikel wurden anhand der getippten russischen Manuskripte überprüft, die im Besitz der Houghton Library der Harvard Universität sind. Wie wir in unserer Einführung zu dieser ersten russischen Ausgabe betonen:

„Es ist unerlässlich, daß die politischen Erben des Proletariats, das die Oktoberrevolution gemacht hat, ihr wahres revolutionäres Geburtsrecht zurückverlangen. Wir präsentieren daher diese zentral wichtigen historischen Dokumente den Werktätigen der ehemaligen Sowjetunion.“



Eine begrenzte Auflage ist verfügbar  
außerhalb der Ex-UdSSR  
DM 40,- (einschließlich Versand)  
Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

# Regierung taumelt unter Arbeiter/Studentenprotesten

## Frankreich: Revolte schlägt Hungerlohn-Programm zurück

31. März – Über 50 000 entschlossene und kämpferische Schüler und Studenten, denen sich große Kontingente aus der Provinz angeschlossen, viele Blöcke von Jugendlichen aus den Einwanderer-Vororten und Gewerkschaftsblöcke, marschierten heute in Paris, um ihren Sieg über die französische Regierung zu feiern. Angesichts einer massiven Revolte hat der französische Premierminister Edouard Balladur heute seinen Plan fallengelassen, die Löhne für junge Leute drastisch

### Gespenst des Mai 1968 sucht Bourgeoisie heim

zu kürzen. Mehr als drei Wochen voller Proteste, die nicht nachlassen wollten, zwangen ihn dazu, die Maßnahme zu „suspendieren“. Tag für Tag sind Zehntausende und Hunderttausende Schüler und Studenten von Oberschulen, technischen Schulen und Universitäten zusammen mit jungen Arbeitern in ganz Frankreich auf die Straße gegangen. Für die Jugendlichen, die schon unter 25 Prozent Arbeitslosigkeit leiden, brachte der Plan, Löhne unterhalb der Armutsgrenze einzuführen, das Faß zum Überlaufen. Vor einer Woche verglich der Arbeitsminister diese Konfrontation mit der Schlacht von Verdun im Ersten Weltkrieg und versprach: „Sie werden nicht durchkommen.“ Aber indem die militanten Jugendlichen sich der brutalen Polizeiuferdrückung mutig entgegenstellten, haben sie die Regierungspositionen überrollt, so wie es die siegreichen Air-France-Arbeiter im letzten Herbst getan haben. Studenten haben verkündet, daß sie kampfbereit bleiben werden, bis der Erlaß endgültig zurückgenommen ist.

Dies ist mindestens das vierte Mal in den letzten fünf Monaten, daß die rechte Regierung angesichts von Massenprotesten zu einem Rückzieher gezwungen wurde. Nachdem Balladur im Oktober den Plan aufgeben mußte, Tausende von Arbeitern der staatlichen Fluggesellschaft zu entlassen, zog er im Januar ein Gesetz zur Unterstützung von Privatschulen zurück, kurz vor einer Großdemonstration in Paris mit mehr als einer Million Teilnehmern, und im Februar gab er wütenden Fischern nach. Die Regierung probiert weiterhin, ihr reaktionäres Programm durchzudrücken; sie versucht, Studentenfürher zu gemeinsamen Beratungen zu überreden, um ein „neues System“ von Jugendlöhnen durchzukriegen. Aber jetzt, wo das Regime taumelt, ist es Zeit für die Arbeiterklasse, die unterdrückten ethnischen Minderheiten und die Jugendlichen, gegen ihren gemeinsamen Feind hart zurückzuschlagen.

In den dreizehn Tagen seit der Veröffentlichung des nachstehend in Auszügen abgedruckten Artikels unserer Genossen der Ligue trotskyste de France hat sich die Protestbewegung der französischen Studenten und Arbeiter explosiv weiterentwickelt. Selbst in kleinen Städten gab es Demonstrationen mit Zehntausenden von Menschen. In der Hoffnung, die Bewegung abwürgen zu können, verstärkte



„Niedriglohn für Jugendliche = ein Sarg für 3790 Francs“ – Studenten zusammen mit Air-France-Arbeitern zeigten: wer kämpft, kann gewinnen

Reuter

die Regierung die Polizeirepression. In Oberschulen sind Warnungen der Polizei aufgehängt worden, in denen Demonstranten bis zu sieben Jahre Gefängnis angedroht wird. Allein in Paris gab es am Abend der Demonstration vom 25. März mehr als 300 Verhaftungen, und Dutzende Demonstranten sind noch an Ort und Stelle vom „Justiz“-System abgeteilt worden.

Das Regime spielte auch die rassistische Karte aus, um in zynischer Weise die Demonstranten auseinanderzudividieren. In Lyon wurden zwei algerische Teenager, die während einer Demonstration verhaftet worden waren, sofort des Landes verwiesen. Als ein Richter entschied, daß sie ihrer Rechte beraubt worden waren, und anordnete, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um sie nach Frankreich zurückzubringen, erklärte der Präfekt arrogant, daß der Richter hier keine Befugnis habe. Aber dieses Manöver ging nach hinten los, als die Studenten bei ihren Demonstrationen wütend forderten: „Bringt unsere Genossen zurück!“

Es ist bezeichnend, daß die Studentmobilisierungen größtenteils außerhalb der Kontrolle der reformistischen Massenparteien der Sozialisten und Kommunisten (PCF) stattgefunden haben. Aber die Stärke der Proteste hat die Führer der wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände zur Teilnahme gezwungen. Am 12. März folgten 100 000 Menschen in Paris einem Aufruf der PCF-geführten CGT, und fünf Tage später gingen einige Zehntausende auf eine Demonstration der von den Sozialisten geführten CFDT, FO und FEN. Der erdrutschartige Sieg der konservativen Parteien bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr spiegelte die Tatsache wider, daß weite Kreise der Bevölkerung von 12 Jahren Arbeitslosigkeit und Austerität unter Mitterrands Volksfrontregierung angewidert waren. Aber dennoch ist

Fortgesetzt auf Seite 8

## Frankreich...

Fortsetzung von Seite 7

die Unterstützung der Bevölkerung für das Programm der augenblicklichen Rechtsregierung äußerst gering; sie mußte angesichts massiver Opposition jedesmal zurückstecken, wenn sie versuchte, ihre Plattform umzusetzen.

Jeder redet von einem „neuen '68“. Das Bewußtsein der französischen Studenten unterscheidet sich heute merklich von dem, wie es 1968 war, als es unter der Jugend eine breite Radikalisierung gab, hauptsächlich infolge des Vietnamkriegs. Trotzdem sind die Illusionen über die Möglichkeit, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wichtige Veränderungen zu erreichen, stark zurückgegangen. „Wir haben keine Zukunft“, sagte ein junger Demonstrant. Außer den trüben Aussichten, die die kapitalistische Gesellschaft ihnen zu bieten hat, bekommen die französischen Jugendlichen durch die Schlagstöcke der verhaßten Bereitschaftspolizei einige harte Lektionen im Klassenkampf erteilt. Aber dringend notwendig ist es, eine internationalistische Avantgardepartei zu schmieden, so wie es die Ligue trotskyste anstrebt, die die besten Kämpfer und die bewußtesten Elemente für den Kampf um die sozialistische Revolution gewinnen kann.

Wir drucken im folgenden eine gekürzte Übersetzung des Artikels aus *Le Bolchévik* Nr. 127 (März/April) ab.

### **Jugendliche und Arbeiter auf den Straßen gegen den Hungerlohn für Jugendliche Für einen Mai '68, der bis zum Ende geht! Für eine Arbeiterregierung!**

18. März — Rund 300 000 Menschen im ganzen Land brachten vor sechs Tagen ihre berechtigte Wut zum Ausdruck gegen den Regierungs-„Kontrakt zur beruflichen Eingliederung“ (CIP), einen Tarif für Jugendliche unterhalb des Mindestlohns. Gestern gingen Hunderttausende von Demonstranten aus Protest gegen den Tarif für Jugendliche auf die Straße. Arbeiter, besonders aber junge Studenten und Schüler aus Universitäten und Oberschulen bildeten eindrucksvolle und kämpferische Kontingente ethnisch integrierter Vorstadt-Jugendlicher, darunter viele junge Frauen der „zweiten Generation“ (geboren in Frankreich als Kinder eingewanderter Eltern, zumeist aus Nordafrika). „Der Mindestlohn ist nichts. Weniger als der Mindestlohn ist weniger als nichts!“, rief ein Block bei der Demonstration am 12. März in Paris. Die Regierung behauptet, daß der CIP dafür sorgen wird, daß die Jugendlichen eine Ausbildung bekommen — „Ausbildung“ für Superausbeutung! Aber die augenblickliche Revolte, die sich gegen mehr als nur diese reaktionäre Maßnahme richtet, drückt die Wut der Jugendlichen aus gegen diese kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Superausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung.

Seit ihrem Rückzug im letzten Herbst, als der Streik der Air-France-Arbeiter sich auszuweiten drohte, hat sich die Regierung vom Rückzug zum „Kompromiß“ bewegt, vom Schlag ins Gesicht zur Erniedrigung. Die destabilisierte Regierung hat ihre brutale Politik gegen Immigranten verschärft, wobei sie sich auf den rassistischen Konsens aller politischen Parteien, einschließlich der PCF und der PS, stützen kann. Und sie hat ihre rassistischen Provokationen verstärkt. Eines der letzten Beispiele ist die vielfach veröffentlichte Ankündigung von „noch nie dagewesener“ Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Innenministerium im Kampf gegen Drogenabhängigkeit und AIDS. Mit anderen Worten, Drogenbenutzer und Menschen mit AIDS werden der Polizeiunterdrückung

ausgeliefert!

Die reformistischen PS- und PCF-Führer behaupten, sie hätten den Jugendlichen und Arbeitern eine Alternative zur reaktionären Politik der Rechten anzubieten. Aber es ist noch nicht so lange her, daß sie in der Regierung saßen, und auch unter ihrer Führung ist die Arbeitslosenrate immer nur gestiegen. Wie der sozialistische Premierminister Laurent Fabius 1986 zugab, bestand die Rolle der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung darin, für die Kapitalisten die „Drecksarbeit“ zu machen.

Zur gleichen Zeit sind mehrere Ghetto-Viertel, in denen Armut und rassistischer Terror herrschen, in Aufruhr. *Libération* (16. März) zitiert Malek, einen Studenten einer Fachschule für Technik, der in einem dieser Vorstadtviertel lebt: „Sie haben von Integration geredet, aber als es eine Klassenreise nach England gab, konnten wir nicht mit. Keine Visa. Die einzige Möglichkeit für uns war der Erfolg in der Schule. Aber selbst das haben sie uns genommen.“ Die Bourgeoisie sieht sich wieder vom Gespenst von '68 bedroht, einer machtvollen Explosion des Klassenkampfes, bei der Arbeiter und Jugendliche gemeinsam kämpfen, besonders die Kinder von afrikanischen und nordafrikanischen Immigranten, die durch diese kapitalistische rassistische Gesellschaft brutal unterdrückt werden.

Der augenblickliche Hausherr des Matignon [Sitz des Premierministers], der übrigens während der vorrevolutionären Situation im Mai 1968 ein Berater von Premierminister Pompidou war, hat jetzt Alpträume von einem neuen Mai '68, aber zur gleichen Zeit scheint er sein bestes zu geben, um eine Allianz zwischen Arbeitern und Jugendlichen zu provozieren. Zur gleichen Zeit, in der er mit seinem Tarif für Jugendliche unter dem Mindestlohn herauskam, verkündete er für Air France einen neuen „Umstrukturierungsplan“ mit mehr als 5000 Entlassungen — der vorherige Plan, hastig zurückgezogen angesichts der Militanz der Streikenden, hatte „nur“ 4000 Entlassungen vorgesehen.

Balladur und Innenminister Pasqua versuchen, auf einer offen rassistischen Basis Arbeiter und Studenten gegeneinander auszuspielen — und die Jugend zu spalten —, indem sie die multi-ethnische Jugend der Vorstädte als einen Haufen von „Randalierern“ darstellen. Pasqua fordert ein neues „Anti-Randalierer“-Gesetz, das heißt, eine Notstandsmaßnahme zur Bestrafung des „Verbrechens“ der Teilnahme an einer „gewalttätigen“ Demonstration. Und er hat seine Bullen gegen junge Demonstranten genauso brutal losgehetzt wie 1986, als seine Bullen die Studenten zusammenschlugen, die gegen das Loi Devaquet [Gesetz zur Einschränkung des Hochschulzugangs] kämpften; dabei wurde Malik Oussékine umgebracht. Nach den gestrigen Polizeiprovokationen wurden mehrere Dutzend Studenten verhaftet. Die Arbeiterbewegung muß in Aktion treten und ihre Freilassung sowie die Niederschlagung der Anklagen fordern.

Die Regierung hat sich Mühe gegeben, nicht bekanntzugeben, wieviele Arbeitsplätze ihr „CIP“ angeblich schaffen soll. Aus gutem Grund! Heute befindet sich die kapitalistische Welt in der schlimmsten Rezession seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Die verschiedenen imperialistischen Bourgeoisien sind in einen gnadenlosen Handelskrieg zur Neuaufteilung der Märkte und Einflusssphären verwickelt, ein Krieg, der durch die Siege der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und in der UdSSR noch verschärft wird. Um mit ihren Rivalen in der „Europäischen Union“ und mit den Amerikanern und Japanern „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, müssen die westeuropäischen Kapitalisten massiv die Löhne kürzen und die Überbleibsel des „Sozialstaats“ abschaffen, der während des Kalten Kriegs eingeführt worden war, um die Arbeiter von

Fortgesetzt auf Seite 21



# Volksfront der Linken bereitet Faschisten den Weg Finsterer Sieg der Rechten bei den Wahlen in Italien

MAILAND – Bei den Wahlen vom 27./28. März stimmte Italien für die rechteste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Der „Pol der Freiheit“ – ein Wahlblock, der vom Medienzaren (und Mitglied der finsternen „Freimaurerloge“ P2) Silvio Berlusconi zusammengeschustert wurde – gewann 42 Prozent der Stimmen, die ihm unter dem neuen Wahlsystem eine absolute Mehrheit der Sitze gaben. Berlusconis Verbündete – die rassistischen Populisten der Lega Nord von Umberto Bossi und die „Neo“-faschisten der MSI, zur „Nationalen Allianz“ umbenannt unter der Führung von Gianfranco Fini – streiten sich zur Zeit um die Beute und vertreten eine ganz unterschiedliche Politik: Föderalismus kontra einheitliche Präsidentschaft. Doch was sie alle der italienischen Arbeiterklasse versprechen, sind Massenentlassungen, die Demontage des „Sozialstaats“ und die Aushöhlung der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Drang der Bourgeoisie nach einem „starken Staat“.

Die antidemokratische Wahlreform war dazu gedacht, den Drehtür-Kabinetten und ewigen Parlaments„krisen“ ein Ende zu setzen, die Italien 52 Regierungen seit 1945 beschert haben. Eine „starke Regierung“ sollte auch die wuchernde Korruption einschränken, die der Grundstein der Herrschaft der Democrazia Cristiana (DC) war, die das Land seit fast einem halben Jahrhundert regierte, in letzter Zeit als Vier-Parteien- und dann Fünf-Parteien-Koalition verkleidet. Ob diese Wahl eine „Zweite Republik“ einleitet oder nur als deren Vorstufe dient, es kreisen bereits lauernd finstere Mächtigen-Bonapartisten wie der frühere Staatspräsident Cossiga. Als die Wahlergebnisse verkündet wurden, brachen MSI-Schwarzhemden und Skinheads über die Piazza Venezia herein, wo Il Duce seine Tiraden zu halten pflegte, um mit dem Hitler-Gruß den Sieg zu feiern. Alessandra Mussolini (seine Enkelin) wurde zur Abgeordneten von Neapel gewählt, und zum ersten Mal seit dem Sturz von Mussolini können faschistische Minister in der Regierung sitzen.

Der Sieg der Rechten war gleichzeitig die schwere Niederlage der Volksfront-Linken, der „Progressisten“, unter der Führung von Achille Occhetto's Partei der Demokratischen Linken (PDS), der sozialdemokratischen Reinkarnation der Kommunistischen Partei (PCI). Im Schlepptau hinter der PDS war Rifondazione Comunista (RC), die eurostalinistische Rumpfpartei, die sich weigerte, zugunsten des Symbols der Eiche Hammer und Sichel abzuschwören, aber die reformistische Politik der PDS fortsetzt. Die 33 Prozent der Stimmen für die „Progressisten“ – einschließlich der Grünen und des Anti-Mafia-„Rete“ (Netzwerks) – waren zwar mehr als bei den letzten Parlamentswahlen (1992), aber deutlich weniger als bei den Kommunalwahlen im letzten Dezember, als die Kandidaten



Spartakist

**Mailand 1993, Protest gegen Privatisierung der Schulen. Obszöne rot-braune Koalition: links das Banner des Schülerkollektivs, rechts: Banner der Faschisten**

der Volksfront in Rom, Neapel, Mailand und anderen Großstädten den Bürgermeister stellten.

Der offenkundige Bankrott des lange an der Regierung gewesenen Regimes der Christdemokraten (ungefähr ein Drittel der aus dem Amt scheidenden Abgeordneten muß mit einem Strafverfahren wegen Korruption rechnen) zeigte eine Krise des bürgerlichen *Regierens*. Mit dem Zerfall der DC und ihrer Verbündeten, vor allem Bettino Craxi's Sozialisten (PSI), ohne eine Partei, die direkt die Großbourgeoisie vertritt, erlebten sowohl die von der PDS geführte parlamentarische „Linke“ als auch die faschistische MSI, wie ihr Wahlergebnis im Dezember in die Höhe schnellte. Occhetto & Co. präsentierten sich als die Garanten der Stabilität und erwarteten, man würde sie endlich zum Regieren rufen. Der PDS-Führer ging nach London, um seine Kreditwürdigkeit bei den Finanzleuten der City zu etablieren, dann weiter nach Brüssel, um der NATO Treue zu schwören; er bekam das Okay des amerikanischen Botschafters, den Segen des Papstes und die Unterstützung oder stillschweigende Anerkennung durch die Schlüssel-sektoren des italienischen Kapitalismus.

Und doch haben die „Progressisten“ klar verloren. Warum? Berlusconi und seine Verbündeten gewannen die Wahl zum Teil dadurch, daß sie eine Hysterie über die „rote Gefahr“ hochpeitschten und die antikommunistischen Stimmen einfingen, die in der Vergangenheit an die Christdemokraten und ihre Satelliten gingen. Doch sein Wahlinstrument „Forza Italia“ (Los, Italien!) zog auch Protestwähler von Tausenden von Arbeitern, Arbeitslosen und des ruinierten Kleinbürgertums an, die an Berlusconis Märchen glaubten, „eine Million neuer Arbeitsplätze“ schaffen zu können. Im Gegensatz dazu schwor die von der PDS geführte Volksfront, die Angelegenheiten der Bourgeoisie „verantwortlich“ zu regeln und versprach daher, die brutale

*Fortgesetzt auf Seite 10*

## Italien...

Fortsetzung von Seite 9

arbeiterfeindliche Kahlschlagpolitik der Ciampi-Regierung fortzusetzen. Außerdem erschreckte RC-Führer Bertinotti die Mittelklasse, nicht mit dem Gespenst einer roten Revolution, sondern mit der Drohung, Schatzbriefe mit variablem Zins zu besteuern, den Schutz des Kleinbürgertums vor der Inflation!

Da die PDS/RC niemandem etwas anzubieten hatte, außer dem Großkapital, und den Arbeitern „Blut, Schweiß und Tränen“ versprach, *verlor* sie tatsächlich, als ihr großer Augenblick gekommen war, an Unterstützung bei den Arbeitern. Teile der Arbeiterklasse in wichtigen industriellen Ballungszentren im Norden stimmten aus Enttäuschung über das, was sie für „ihre“ Parteien hielten, für Forza Italia oder die Rassisten von Bossis Lega Nord. In Sesto San Giovanni (bekannt als das „Stalingrad Italiens“), im Bezirk Mirafiori in Turin (wo das Hauptwerk von Fiat ist), in Arese nördlich von Mailand (Heimat von Alfa Romeo) usw. sind die PDS, RC und die Gewerkschaftsbürokratie verantwortlich für diesen Umschwung von Teilen der Arbeiter hin zu den Rassisten und Reaktionären. RC *verlor* über die Hälfte der Stimmen, die sie in den Industriegebieten bei den Kommunalwahlen im Dezember gewonnen hatte.

In einem Flugblatt, das am Vorabend der März-Wahl herausgegeben wurde, riefen unsere Genossen von der Lega trotskista d'Italia (LTd'I) dazu auf: „Keine Stimme für die bürgerliche Volksfront! Baut eine bolschewistische Partei auf!“, und warnten: „Die ‚Progressisten‘ wollen die kapitalistische Kahlschlagpolitik verschärfen.“ In der Stellungnahme wurde ausgeführt:

„Mit dem Begräbnis der ‚Republik der Korrupten‘ schlägt jetzt die Stunde der Zweiten Republik der ‚sauberen Hände‘. Aber die Wahl zwischen links und rechts ist eine Wahl zwischen *bürgerlichen* Alternativen, die *beide* ein Feind der Arbeiter und Unterdrückten sind... Diese *Volksfront* der Klassenzusammenarbeit zwischen Bossen und reformistischen Arbeiterparteien wird die Faschisten nicht aufhalten, und sie wird das rassistische Regime des Kahlschlags aufrechterhalten, das für das Pack in Schwarzhemden den Nährboden liefert und die Arbeiterklasse demoralisiert. Außerdem kettet sie das Proletariat an seine Klassenfeinde, denn sie stellt bürgerliche Elemente als Kandidaten auf wie die früheren Vizepräsidenten von Olivetti und dem Bund der Industrie, und sie genießt die Unterstützung von Benetton und die Sympathie von Fiat-Boss Agnelli und der Börse. Bei der Polarisierung des Landes, die sich auf die Straße

überträgt, bei der kapitalistischen Offensive und dem Anstieg rassistischer Angriffe ist es dringend erforderlich, eine revolutionäre Führung aufzubauen, die harten Klassenkampf führt. Bei den Wahlen am 27./28. März ist die Lega trotskista gegen jede Stimme für die Volksfront oder irgendeine Partei darin, einschließlich Rifondazione Comunista.“

Nach den Wahlen sagen wir den Arbeitern noch einmal, daß das, was letztlich entscheidend ist, nicht bürgerliche Wahlen und parlamentarische Verschiebungen sind, sondern der Klassenkampf. Eine machtvolle Antwort der Arbeiterklasse ist notwendig, angefangen mit defensiven Kämpfen, um die brutalen Angriffe des rechten Flügels zurückzuschlagen. Und entscheidend dafür, diese Kämpfe gewinnen zu können, ist der Bruch mit den klassenkollaborationistischen Reformisten, die dem Kapital verpflichtet sind, die Errungenschaften der Arbeiter zerstört haben wie die Scala mobile (Lohnanpassung an die Inflation, durchgesetzt 1946) und die sich einer Mobilisierung gegen faschistischen/rassistischen Terror in den Weg stellen. Wir streben danach, eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, die nicht für Ministersessel kämpft, sondern für die Macht der Arbeiterklasse.

### Das „Neue italienische Wunder“: Blut, Schweiß und Tränen für die Arbeiter

Der Wahlsieg der Rechten ist nicht nur das Ergebnis des Niedergangs des alten Establishments, das durch den Tangentopoli-Skandal (Stadt der Schmiergelder) weggefegt wurde, sondern auch die Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas. Statt eine „Neue Weltordnung“ herbeizuführen, hat die Restauration des Kapitalismus Chaos und soziale Verzweiflung erzeugt, mit zunehmenden rassistischen Angriffen und faschistischen Pogromen gegen eingewanderte Arbeiter, Sinti, Roma und Juden sowie brudermörderischen nationalistischen Kriegen. Im Westen sind die europäischen Bourgeoisien nicht mehr besorgt über die „kommunistische Bedrohung“ und halten es daher nicht mehr für notwendig, Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Angesichts der schärfsten Wirtschaftskrise seit 1929 kreischen die Kapitalisten, daß ihre Profite die Kosten des „Sozialstaats“ nicht mehr tragen können, der überall in Europa unter Beschuß steht.

Statt dessen sind die heutigen Schlagwörter „Privatisierung“ und „freie Marktwirtschaft“ – Codewörter dafür, den Bossen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Profite durch unbeschränkte Ausbeutung zu erhöhen. Das neue „italienische Wunder“ des Fininvest-Magnaten Berlusconi heißt einfach: die Freiheit, Massenentlassungen durchzuführen, auf die Gewerkschaften einzuschlagen, die Steuern auf Profite zu senken, staatliche Industriezweige zu plündern (teilweise um die riesigen Schulden von Fininvest zu bezahlen, die 3,7 Milliarden D-Mark übersteigen) und die Renten wie das öffentliche Gesundheitssystem zu zerstören, um zur privaten Gesundheitsversorgung zurückzukehren. Tatsächlich ist der Sieg der Rechten ein Vorbote für eine schroffe Rückkehr zu den 50er Jahren, als es ausreichte, ein Mitglied des von den Kommunisten geführten CGIL-Gewerkschaftsbundes zu sein, um aus der Fabrik gefeuert zu werden. Der Führer der Lega Nord, Bossi, spricht von Lohn-„Obergrenzen“ und hat zusammen mit dem früheren Liberalen Pannella eine Volksabstimmung gestartet, um die Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen, für Hunderttausende entlassener Arbeiter die einzige Möglichkeit zu überleben.

Die Arbeitslosigkeit in Europa überschreitet bereits die 20-Millionen-Marke (es gibt offiziell mehr als 3 Millionen Arbeitslose in Italien). Um ihr Programm von „Blut,

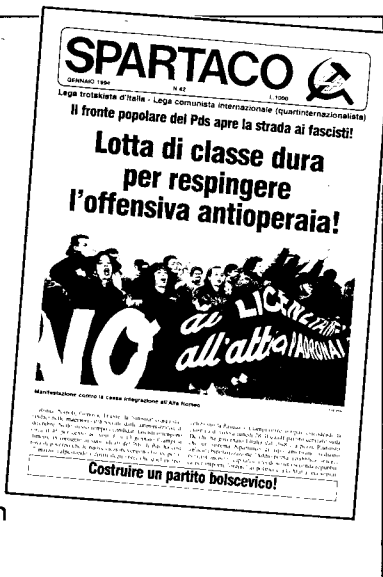
Fortgesetzt auf Seite 15

## Abonniert!

Zeitung der  
Lega trotskista  
d'Italia

4 Ausgaben  
DM 7,-

Bestellt bei:  
Postfach 555  
10127 Berlin  
Konto 119 88-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60



# Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner

Ein ekelerregender „Modetrend“ hat in letzter Zeit die Linke des wiedervereinigten Deutschlands erfaßt: Angebliche Linke reden mit Faschisten. Zu diesem Zweck werden die Nazis als „Rechte“ beschönigt, brandmordende Banden werden als „irregeleitete Jugendliche“ dargestellt. Vom SPD-Vordenker Peter Glotz bis zu Cohn-Bendit, Claus Leggewie und den Grünen Wolfgang Templin und Wolfgang Kowalsky, die im Naziblatt *Junge Freiheit* Interviews veröffentlichten, beteiligt sich eine ganze Schicht von linken und liberalen Intellektuellen an dieser ungeheuerlichen Kampagne.

Bei den „Gesprächen“ mit Nazi-Mördern spielte die PDS eine Vorreiterrolle, als sie die Seiten des *Neuen Deutschland* dem SS-Schönhuber öffnete und dann ihre berühmte Dresdner Parteiführerin Christine Ostrowski Geheimgespräche mit dem Nazi-Führer Meyer führte. Letztes Jahr führte dies zu einiger Aufregung innerhalb der PDS, die durch Ostrowskis Suche nach „Übereinstimmung bei sozialen Forderungen“ mit der Nationalen Offensive doch etwas in Verlegenheit kam. Aber inzwischen ist Ostrowski wieder ganz oben auf den PDS-Listen, und der PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Johannes Scheringer, schreibt ebenfalls in der *Jungen Freiheit*. In der „Denkzettel“-Rubrik von *ND* erscheinen regelmäßig offene Nazi-Aufrufe.

Andrej Hermlin beschrieb in der Form einer Fabel im *ND* (16. April) diese Welle von „Gesprächen“ mit Völkermördern:

„Es begegnen sich Schlange und Kaninchen. Was geschieht? Das Kaninchen führt einen längeren Diskurs mit der Schlange, worauf diese die ganze Verderbtheit ihrer Absichten erkennt und in tiefer Reue von dannen schleicht. Eine seltsame Fabel? Gewiß, aber in unseren deutschen Landen geschieht ohnehin so manche Merkwürdigkeit.“

Die Faschisten sind Mörderbanden, die man genau wie Hitlers Sturmtruppen nicht „überzeugen“ oder „verbieten“ kann – sie müssen zerschlagen werden! Alles andere ist eine selbstmörderische Illusion und eine direkte Bedrohung für alle geplanten Opfer der Faschisten. Bei dieser kahlgeschorenen Hitler-Jugend gibt es nichts „Neo“, sie haben das gleiche Völkermord-Programm. Die Spartakist-Arbeiterpartei sagt: Über Völkermord kann man nicht diskutieren! Diese Banden sind die *paramilitärischen Schocktruppen*, die jetzt von den Herrschern benutzt werden, um ein gesellschaftliches Klima gegen Immigranten zu schaffen.

Die Nazi-Diskutierer haben sich nicht nur de facto auf eine gemeinsame Plattform mit den Nazis gestellt, sondern sich auch politisch an sie angenähert. *Die Grundlage dafür ist der großdeutsche Nationalismus des Vierten Reichs*, der von SPD-Ideologen wie Tilmann Fichter und Wolfgang Templin offen propagiert wird, die über ein „Defizit der Linken“ bei der nationalen Frage klagen. Die SpAD kämpft dafür, die organisierte Kraft der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um die Faschisten zu stoppen.

Während Intellektuelle vom Schreibtisch aus mit „Rechtsradikalen“ diskutieren, wollen Teile der PDS und Gruppen wie SAG, Voran/JRE und die Edelweißpiraten direkt mit „jungen“ Nazis reden, die sie als „nette Jungs“ darstellen. Damit kopieren sie genau die Argumentation der Anwälte der Nazis in Solingen, die den grauenvollen Brandmord ihrer Klienten beschönigen wollen. Wenn es

nur irgendeinen Unterschied zu den „Schreibtischmördern“ gibt, dann den, daß es besonders gefährlich und potentiell selbstmörderisch ist, Gespräche mit diesen aktiven Schlägerbanden zu führen.

Für die JRE aber „sind jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren“ (*Voran* Nr. 157, Dezember/Januar). In Mönchengladbach ging dieses „Verständnis“ für Faschisten sogar so weit, daß die JRE einen angeblich „ehemaligen“ Nazi in ihren Sprecherrat wählte, der sich mit Typen in Bomberjacken und Springerstiefeln umgibt. Die JRE-Führung will sich mit „outing“ und anderen Spielchen an Nazis heranmachen, aber diese sind eine tödliche Gefahr für Juden, Immigranten, Linke, Schwule und die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich der JRE!

Die angeblich linken Kritiker der JRE von der Gruppe Spartakus reden davon, eine „scharfe Trennungslinie“ zu Nazis zu ziehen. Aber als der Vorläufer dieser Gruppe sich Anfang der 80er Jahre gründete, weil sie die trotzkistische Position der Verteidigung der Arbeiterstaaten nicht mehr ertragen konnten, ließen sie ihr Gründungsdokument von einem Nazi-Punk namens Ulrich Sandhaus schreiben.

Die GS beschönigt den bürgerlichen Staat mit der Behauptung, daß der Staat „nur taktische Differenzen gegenüber den Faschisten hat“. Nein! Es ist nicht eine Frage von Taktik oder Strategie – *die Faschisten sind die Schocktruppen der herrschenden bürgerlichen Klasse*, ihr Terror zielt im Moment in erster Linie auf Minderheiten und letztlich auf die gesamte organisierte Arbeiterbewegung. Sie werden in Reserve gehalten, bis sie gebraucht werden, um die aufständische Arbeiterklasse zu zerschlagen. Deshalb schützen die Bullen die Faschisten, vom Pakt zwischen Polizei und Nazis in Rostock bis zur FAP-Versammlung Mitte April in Berlin. Deshalb wird auch die Freie Polizei-Reserve in Berlin von Nazis unterwandert, und die Hauptbasis der Republikaner sind die Bullen.

Wir Spartakisten haben auf Arbeiterdemonstrationen in Hennigsdorf und Leipzig dafür gekämpft, auftauchende Nazis zu vertreiben, die eine Gefahr für alle Anwesenden waren. Als wir bei der Berliner Antifa-Gençlik-Demo am 20. April ein Plakat trugen „Rostock, Mölln, Solingen, Lübeck: Nazis/Skins sind Mörderbanden“, wurden wir von Skinheads und sozialdemokratischen Sozialarbeitern dafür angegriffen! Wir haben lange vor dem Milieu des jugendlichen Lumpenproletariats gewarnt, wo der Übergang zu rassistischen Skinheads fließend ist, die unter „Oi“-Rufen Immigranten zusammenschlagen. Wie wir in *Spartakist* Nr. 51 (Oktober 1984) schrieben:

„Hier entwickeln sich faschistische Elemente und werden durch und für ‚direkte Aktion‘ – d.h. Terror – rekrutiert. Die ‚Links-rechts-Differenzierung‘ im Skinhead-Punk-Milieu ist in Wirklichkeit ein Mythos. Der Unterschied besteht nur darin, ob bestimmte Punks *noch* auf linken Demonstrationen auftauchen, oder ob sie, wie am 28. April in Gummersbach, Überlebende der Konzentrationslager des 3. Reichs halbtot prügeln.“

Wenn ein Beweis für die gefährlichen Auswirkungen des Konzepts, mit Nazis zu reden, notwendig ist, zeigte dies der Angriff von Skinheads auf die Dresdner Ausländerbeauftragte Marita Schieferdecker-Adolph. Nach der Rückkehr von einer aus Steuergeldern finanzierten Israel-Reise (Millionen

Fortgesetzt auf Seite 18

**4**  
**Junge Spartakisten**

# Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen Faschismus

*Wir drucken hier den zweiten Teil einer leicht überarbeiteten Rede des Genossen Al Nelson über die politische Bedeutung der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung gegen den Ku Klux Klan am 16. Januar, dem Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertages, in Springfield ab, die er bei einer Sitzung der Mitgliedschaft der Spartacist League/U.S. und des Spartacist Youth Club in der Bay Area von San Francisco und Oakland gehalten hat. Der erste Teil der Rede ist in der vorigen Ausgabe des Spartakist abgedruckt.*

## Teil zwei von zwei

Wenn unsere Mobilisierung die Arbeiter einiges über den Klassencharakter und die Rolle des Staates gelehrt hat und ihr Bewußtsein über die Rolle der Führung und Organisation und der Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse geschärft hat, wie schneidet in dieser Hinsicht die Revolutionary Workers League (RWL) ab – zusammen mit Progressive Labor (PL) und der International Socialist Organisation (ISO)? Die RWL hatte für diese Mobilisierung nur Verachtung übrig, gerade weil diese sich hauptsächlich auf die Arbeiterbewegung stützte. Diese Leute sind im Grunde kleinbürgerliche Radikale mit einem hauchdünnen Anstrich von Trotzismus. Im wesentlichen personifizieren sie Lenins Bemerkung, daß die Quelle von allem Opportunismus eine Unterschätzung der revolutionären Fähigkeit der Arbeiterklasse ist. Die alte Neue Linke war wegen ihrer überwiegend kleinbürgerlichen sozialen Zusammensetzung feindlich gegen die Arbeiterklasse eingestellt. Die „Gründer-Führer“ der RWL brachten diese grundlegend klassenfremde Abneigung und Weltanschauung mit sich, was auch ihre groteske arbeiterfeindliche Verteidigung von Streikbruch erklärt. Sie leben in einer Welt wie aus „Alice im Wunderland“, wo BATF und FBI den „Faschismus“ in Waco bekämpfen.

Übrigens, bei der Demonstration in Springfield gab es etwas, das die Überschneidung von Klassengegensätzen und Rassismus mit der sozialen Realität und die verschiedenen Reaktionen darauf veranschaulichte. Zu Beginn der Demonstration haben wir sehr ernsthaft auf die Gefahr hingewiesen, die sich aus den vom Staat erteilten Auflagen ergab, und zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. Als der Klan auf den Stufen der Osttreppe auftauchte, eilten etwa 200 unserer Demonstranten rüber zu der Gegend direkt gegenüber dem Klan an der Straßenkreuzung Second Street und Capitol, wo es eine Ansammlung unterschiedlicher Leute gab – wie sich herausstellte RWL, PL, ISO, Klan-Unterstützer, die gekommen waren, um die Reden des Klan zu hören, und Zivilisten sowie eine Menge uniformierter Polizei. Diejenigen, die sich dorthin absetzten, waren hauptsächlich Jugendliche und Weiße. Diejenigen, die in unserem Umkreis blieben, wo wir die Gewerkschaftsordner hatten, waren überwiegend Schwarze und Gewerkschafter. Sie hatten ein besseres Verständnis von der sozialen Realität und kannten besser die Gefahr, die die Situation für sie darstellte. Schwarze Studenten, die wir in Albany, New York, trafen, hatten eine ähnliche Reaktion auf die Konfrontation mit dem Klan in

Auburn, New York, im letzten Herbst. Sie sagten uns, sie seien froh darüber, daß der KKK verjagt wurde, sie wüßten aber auch, daß die Bullen nicht so nachsichtig wären gegenüber irgendwelchen schwarzen Jugendlichen, die einige der gleichen Spielchen treiben würden, mit denen einige RWLer und weiße College-Schüler davongekommen sind.

Ohne eine proletarische revolutionäre Perspektive ist Politik für die RWL nur ein Spiel von persönlicher Konfrontation, mit den Bullen oder mit dem Klan, bei dem eines Tages jemand schwer verletzt werden wird. Für sie ist der Kampf um die Führung der Arbeiterklasse bedeutungslos. Obwohl diese Demonstration ihr Ziel nur teilweise erreichte, da sie vom Staat reglementiert und herumdirigiert wurde, so bot die respektinflößende Zusammensetzung und der disziplinierte Charakter unserer Demonstration auch der RWL einen gewissen Schutz. Es hätte verdammt viel mehr Verhaftungen gegeben, wenn wir dort nicht so stark präsent gewesen wären.

## Über Völkermord kann man nicht diskutieren!

Ich bin gebeten worden, den Punkt „Kein Rederecht für Faschisten“ anzusprechen. Diese besondere Formulierung oder Forderung stellt die Frage falsch. Bei diesen Auftritten des Klan geht es nicht um das Rederecht. Der Klan (oder die Nazis) ist keine rechtsgerichtete politische Organisation wie zum Beispiel die John Birch Society, die konservative politische Ansichten hat und diese in Schriften oder öffentlichen Reden propagiert und deren Recht auf freie Meinungsäußerung wir unter gewissen Umständen verteidigen könnten, wenn es um ein Prinzip geht. Der Klan ist eine paramilitärische Aktions-Gruppe, deren öffentliche Versammlungen dazu benutzt werden, zu rassistischer Gewalt aufzuhetzen und Mitglieder zu rekrutieren.

In dieser Periode greift der Staat ständig ein, um den Klan oder die Nazis zu schützen und gleichzeitig das angebliche Rede- und Versammlungsrecht von Demonstranten gegen den Klan zu unterdrücken. Die Liberalen beugen sich dem äußeren Drum und Dran der bürgerlichen Demokratie, die Sozialdemokraten und Reformisten kapitulieren vor den Liberalen, und die Zentristen laufen den Reformisten hinterher. So haben bei den meisten, wenn nicht allen unserer Mobilisierungen, deren Ziel es ist, den Klan zu stoppen, die Liberalen, typischerweise die Bürgermeister und die Kirchen, gesagt: „Ignoriert den Klan und geht nicht hin“, während die Zentristen und Volksfronttypen, wie die Marcyisten (Workers World Party), explizit oder de facto die Position „Verbietet den Klan“ haben – und normalerweise zur Ablenkung eine Demonstration in einiger Entfernung vom Ort des Klan-Aufmarsches abhalten. Die Socialist Workers Party hat in den letzten Jahren diese Position obszön auf die Spitze getrieben und öffentliche – sogenannte – „Debatten“ mit Klan-Männern oder Nazis durchgeführt, um dem bürgerlichen Staat zu demonstrieren, daß sie völlig zahnlose und absolut dumme „friedlich-legale“ Sozialisten sind.

## Eine neue politische Periode

Was den militärischen Aspekt dieser Mobilisierungen angeht, so waren sie in Wirklichkeit recht unterschiedlich.

**Revolutionäres Bewußtsein ist der Schlüssel**



Workers Vanguard



Workers Vanguard



Spartakist

**Arbeitermobilisierungen gegen Nazis und KKK. Antiklan-Demos, oben links: Springfield, Januar 1994; Detroit, November 1979. Links: Demo gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, Januar 1990**

Die politische Wirkung kann zwar wichtiger sein als der militärische Aspekt, dennoch, wenn man es militärisch verpatzt, könnte dies die politische Wirkung beeinflussen und verringern. In Detroit [1979] ließ sich der Klan überhaupt nicht blicken; in San Francisco [1980] ließen sie sich auch nicht blicken. In Philadelphia [1988] machten sie sich aus dem Staub, und dann versuchten einige Skinheads, durch unsere Kette zu kommen, und hatten Glück, daß sie noch davorkamen, weil die Bullen da waren. In Washington [1982] tauchten sehr wenige von den versprochenen 30 auf und zitterten buchstäblich nur – man konnte sie in der Wochenschau richtig schlottern sehen, ihre Klan-Klamotten hatten sie in einer braunen Papiertüte, und sie wurden weggeleitet. In Ann Arbor [1982] tauchten sie an einer anderen Stelle auf und wurden von den Demonstranten, die sie durch die Straßen jagten, aus der Gegend vertrieben. In Chicago [1982] waren die Nazis auf der anderen Seite eines Maschendrahtzaunes als wir. Dennoch konnte man sie nicht hören, weil wir sie einfach übertönten, 3000 gegen ihre 30. In Atlanta [1989] marschierte der Klan unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots, dessen Vorhut die Sonderkommandos aus den Staatsgefängnissen waren, deren Job es ist, Aufstände niederzuschlagen – wirklich knallharte psychotische Killer; das sind die Typen, die einfach hingehen, um Leute zusammenzuschlagen und zu töten.

In Washington, D.C. lief es wirklich toll: Wir stoppten den Klan. Diese Typen *wagten* es nicht, den kleinen Hügel runterzulaufen, um mit ihrem Marsch anzufangen; es gab 5000 Menschen, die auf sie warteten. Aber worin sich Springfield von Washington und diesen 5000 unterschied –

was wir als eine klassische Massenaktion charakterisierten, bei der die Avantgardepartei und die gewerkschaftlich organisierten und schwarzen Massen zusammenkommen –, war eine andere politische Periode mit einer anderen Polarisierung. Damals war Reagan im Amt; man sah es als bezeichnend für die republikanische Reagan-Regierung an, daß dem Klan die Erlaubnis zum Aufmarsch gegeben wurde, so wie 1925, als 45 000 Kapuzenmänner vom Capitol zum Weißen Haus zogen. Übrigens sollte die Klan-Demo gegen die Immigration sein, und Washington ist zu 80 Prozent schwarz, und das war ein wichtiger Faktor.

Ein paar Genossen haben gesagt, daß es in Washington und anderen Orten für die Mobilisierung Unterstützungen auf dem „Papier“ gegeben habe. Ja und nein. In den meisten Fällen bedeuteten diese Unterstützungen nicht, daß die Gewerkschaftsführer aktiv versucht hätten, ihre Mitglieder auf die Straße zu bringen. Aber sie gaben doch ein offizielles „okay“, daß es in Ordnung war, dort hinzugehen. Gewerkschaftsmitglieder behandeln ihre Gewerkschaft mit einem gewissen Respekt – nicht wegen der engstirnigen Bürokraten, die das Sagen haben, sondern weil das die Organisation ist, deren Mitglied sie sind. Wenn die Bürokraten „nein“ sagen, dann muß schon etwas mehr dahinter stehen, damit man sagt: „Na ja, die können mich mal... Ich werde sowieso da sein“ – was passiert, wenn die empfundene Bedrohung groß genug ist, um der Führung zu trotzen. Wenn jedoch die Gewerkschaften ihre Unterstützung geben, dann bedeutet das, es ist alles in Ordnung und es wird keine Probleme geben; wenn man verhaftet wird

*Fortgesetzt auf Seite 14*



## Proletarische Strategie...

Fortsetzung von Seite 13

oder so, dann verliert man nicht automatisch seinen Job, denn die Gewerkschaft wird sich wahrscheinlich für einen einsetzen. Dieser Faktor zeigte sich in Philadelphia, wo es in den Gewerkschaften eine extreme Polarisierung gab, hauptsächlich gegen uns. Gegen uns waren der Central Labor Council [Zentraler Gewerkschaftsrat], der, wie sich herausstellte, von einem alten Iren in seinen 80ern geleitet wurde, der seit den 50er Jahren im Amt ist, die ILGWU [Textilarbeitergewerkschaft] und der Präsident der Transportarbeitergewerkschaft, ein jüngerer, radikal-liberaler Typ, der ein aktiver Antispartakist war. Die Mehrzahl der Demonstranten kam aus den Gewerkschaften, die den Aufruf unterstützten.

Bei der Mobilisierung im November 1982 in Washington war Reagan Präsident. 1994 ist Clinton Präsident. Die Welt hat sich dramatisch verändert: Die Sowjetunion gibt es nicht mehr; es gab Erwartungen in die Demokraten, die recht schnell zunichte gemacht werden. Die Debatten und starken Reaktionen in Chicago gingen ein ganzes Stück tiefer als 1982 in Washington, wo es gegen Reagan ging. Aber selbst damals blieben die Demokraten weg — Marion Barry war der Bürgermeister von Washington. Bei den meisten dieser Demonstrationen sind die schwarzen Demokraten immer sehr feindselig gewesen. In Philadelphia war Wilson Goode der Bürgermeister, und er stellte sich öffentlich gegen unsere Mobilisierung. David Richardson, ein schwarzer Bundesstaatsabgeordneter, hielt dem politischen Druck stand und unterstützte den Aufruf.

Das Land und die Welt haben sich sehr dramatisch verändert, und hierin liegt die wirkliche Bedeutung dieser Mobilisierung in Springfield. Für viele, die 1982 in Washington auf die Straße gegangen sind, war dies ein wichtiges Ereignis in ihrem Leben. Als wir später dort eine Ortsgruppe gründeten, stellten wir fest, daß viele ihre Plakate „Stop the Klan“ behalten und an der Wand hängen hatten. Es war ein wirklich historisches Ereignis. Aber so sehr das auch in die Breite ging, die Reaktionen und die Polarisierung gingen nicht so sehr in die Tiefe, weil die Gesellschaft

eine andere war. Es war leichter, gegen die Republikaner zu sein. Jetzt geht die Stoßrichtung objektiv und vielleicht bewußt gegen die demokratische Regierung in Washington. Es gibt ein Gefühl, daß diese Gesellschaft wirklich schlimm und wirklich gefährlich wird.

Die natürliche Heimat des Klan sind die ländlichen und halb ländlichen Gebiete, und sie konzentrieren sich geschickt auf die Hauptstädte der Bundesstaaten, weil sie symbolisch sind und es dort Standbilder von Martin Luther King jr. gibt, aber mit Ausnahme von Boston jede Staatshauptstadt eine Art Provinzstadt ist. Anfang der 80er Jahre verhinderten wir mit Erfolg faschistische Vorstöße, unter dem Schutz der Reagan-Regierung in einer Reihe von wichtigen Städten eine nennenswerte Basis zu errichten. Das Gebiet, wo sie gegenwärtig operieren und wofür diese Staatshauptstädte typisch sind, besteht immer noch aus den ländlichen Kreisen, die mehr zu den Republikanern tendieren im Vergleich zu den Großstädten mit ihren starken Schwarzen- und Arbeitervierteln, die in der Regel für die Demokraten sind. Natürlich hat jede Aktion, die wir in einem großstädtischen Zentrum gegen die Faschisten initiierten, einen politischen Kampf gegen den Bürgermeister von der Demokratischen Partei erfordert.

### Aufbau der revolutionären Partei

Bei der weitreichenden politischen Wirkung dieser Mobilisierung und bei dem veränderten politischen Klima in diesem Land verschafft uns die Demonstration von Springfield eine sehr gute Position, unsere Kapazität zu erhöhen und zusätzliche Kräfte rekrutieren zu können, zur Partei, zu den Labor Black Leagues und zu den Jugendklubs, nicht nur in Chicago, sondern überall in den USA. Und die Tatsache, daß so viele unserer Partei- und Jugendmitglieder aus eigener Kraft nach Chicago kamen, um bei dieser Mobilisierung zu helfen, sagt eine ganze Menge über den Einsatz und die Moral der Spartacist League/U.S.

Es gibt ein großes politisches Vakuum in diesem Land, und unsere kleine Organisation füllte es in diesem Fall durch einen besonderen Kampf. Es nimmt wirklich das vorweg, was für eine Rolle eine Arbeiterpartei mit Massenbasis spielen würde. Dies war eine entscheidende Lehre von dieser Mobilisierung. Wenn dieses Land 230 Millionen Einwohner hat, dann betrachten sich wahrscheinlich 50 Millionen von ihnen als Rassisten. Doch normalerweise tun sie nichts damit, denn meistens gibt es nichts, was sie drängt — bis ihr Leben gestört wird. Und ihr Leben wird jetzt durch viele Dinge gestört.

Ihr solltet das Material in Trotzki's Schriften lesen, wo er analysiert, welche gesellschaftliche Bewegung stattfindet, wenn das Kleinbürgertum wahnsinnig wird. Es gibt nur zwei Hauptklassen in der modernen Gesellschaft, das Proletariat und die Bourgeoisie. Die Kleinbürger hängen sich an die Bourgeoisie an, doch dann geht es mit der Wirtschaft bergab, und sie fangen an, ruiniert zu werden. Und wenn das Proletariat nicht demonstrieren kann, daß es durch eine Arbeiterrevolution der Ausweg aus Ruin und Verzweiflung ist, dann wird die Loyalität des Kleinbürgertums sich verschieben, und man hat eine Massenbasis für die Faschisten, die Trotzki als die Partei der zur Weißglut getriebenen Reaktion beschrieb.

In diesem Land hat die herrschende Klasse daran gearbeitet, die Löhne nach unten zu treiben, die Ausbeutungsrate zu steigern, die schwarze Bevölkerung als Sündenbock zu benutzen und Verbrechen sowie Sozialleistungen als Deckmantel zu benutzen. Hier gibt es ein ganz übles Potential, außer wenn die Arbeiterklasse als eine politische soziale Kraft mobil macht. Und der Spielraum, den der



### NEU

Enthält u. a. „Sowjetische Juden und der Kampf um den Kommunismus: Revolution, Konterrevolution und die jüdische Frage“

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

DM 2,- (56 Seiten)

Bestellungen über die Redaktionsadresse

**Spartacist**

englische Ausgabe Nr. 49/50, Winter 1993/94

## Italien...

Fortsetzung von Seite 10

Schweiß und Tränen“ gegen den vorhersagbaren Widerstand der Arbeiterklasse umzusetzen, bereitet sich die Troika aus Faschisten, Rassisten und Berlusconi auf die Benutzung der eisernen Faust vor. Die Bourgeoisie braucht einen *starken Staat*, der die Arbeiterklasse unter seine Gewalt bringt. Ihr Programm kann und muß gestoppt werden – durch Mobilisierungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Immigranten, Frauen, Rentner und Studenten. Aber um die Reaktion effektiv bekämpfen zu können, muß sich die Arbeiterklasse von ihren verräterischen reformistischen Irreführern befreien. Die bewußtesten Elemente der Arbeitermassen müssen von der PDS und von RC weggebrochen werden und für den Kampf um den Aufbau einer leninistisch-trozkistischen Partei gewonnen werden, dem Schlüssel für den Sieg über kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Dem bürgerlichen arbeiterfeindlichen Programm der „Progressisten“ muß ein Programm des Klassenkampfes entgegengestellt werden. Verteidigt Arbeitsplätze durch eine gleitende Skala der Arbeitszeit: Alle vorhandene Arbeit muß unter den Arbeitern, italienischen und eingewanderten, aufgeteilt werden. Verteidigt den Lebensstandard gegen die Inflation durch eine gleitende Skala der Löhne! Für die Trennung von Kirche und Staat! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, auch für Minderjährige – für öffentliche Gesundheitsversorgung hoher Qualität für alle! Für freien Zugang und kostenlose höhere Ausbildung, mit einem angemessenen Stipendium für Studenten! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien! Für Arbeiterverteidigungsgruppen, die die Streikposten gegen Streikbruch verteidigen und rassistische/faschistische Angriffe zerschlagen! Ein solches Programm von Übergangsforderungen kann die kommenden defensiven Kämpfe gegen das rechtsgerichtete Regime in einen offensi-



L'Espresso

### Kundgebung gegen Massenentlassungen bei Alfa Romeo

ven Kampf verwandeln, der zu einer auf Arbeiterräten basierenden Arbeiterregierung führt.

### „Einheit der progressiven Kräfte“ – Hindernis für Arbeiterkampf

Der Anstieg der Stimmen für die MSI von 6 Prozent 1992 auf jetzt ca. 14 Prozent wurde von einem Anwachsen faschistischer Angriffe begleitet. PDS und RC verbreiten die Illusion, daß es möglich sei, die Faschisten an der Wahlurne zu stoppen. Damit lähmen sie die Arbeiterbewegung und erschweren die Mobilisierung des Proletariats und seiner Verbündeten, die allein in der Lage sind, die faschistischen Mörderbanden zu stoppen. Rifondazione Comunista, die so erpicht darauf ist, „antifaschistische“ Stimmen zu kriegen, ist bei den militanten antifaschistischen Demonstrationen fast nicht zu sehen. So hat sie zum Beispiel bei der Demonstration am 26. Februar in Ostia bei Rom, einem Protest gegen die mörderische Attacke von Skinheads auf einen tunesischen Arbeiter, es nicht einmal für nötig gehalten, auch nur ein Kontingent zu schicken.

Einen Monat später wurde der MSI-Kapo Buontempo

Fortgesetzt auf Seite 16

Klan jetzt spürt, wenn er ganz dreist seine Demonstrationen organisiert, existiert bei einer Arbeiterklasse, die nicht einmal auf ökonomischer Ebene als eine Kraft in Erscheinung tritt. Streiks sind seit etwa 1982 statistisch auf dem Nullpunkt. So unterstreicht dies für uns die Bedeutung dieser speziellen Demonstration, allerdings im Zusammenhang einer sehr veränderten internationalen und nationalen Situation.

Der Staat und die Bullen waren bei dieser Mobilisierung maximal böartige und ununterbrochene Lügner, und sie suchten Ärger die ganze Zeit über. Und ich weiß nicht, was das BATF dort machte – das war ein großer Auftritt. Wie kamen sie dazu, in Springfield zu sein? Es gibt Risse in der Regierung, und das BATF kämpft darum, seinen Etatposten zu behalten, doch wer hat sie hinbestellt? Diesen Bullen von Springfield ist eindeutig nie durch ernsthafte Streiks eine Lektion erteilt worden. Wir sagen ständig in *Workers Vanguard*, daß wir wirklich einen großen, siegreichen Streik gebrauchen können. Nun, diese Demonstration hatte nicht die Art von Schlagkraft, die ein großer Streik hätte, wie zum Beispiel, wenn man bei Caterpillar in Peoria gewonnen hätte, statt monatelang im Regen stehengelassen

zu werden. Doch diese Demonstration wird, in einem etwas anderen Maßstab, auf diese Art Wiederhall finden oder Wellen schlagen.

Die Demonstration wäre eindrucksvoller gewesen, wenn das Wetter besser gewesen und die Arbeitermassen, die jener harte Kern repräsentierte, dort gewesen wären. Aber ich denke, selbst mit den geringeren Kräften, die hinkamen, erschütterten wir wirklich die politische Struktur in Illinois und Chicago, was seinerseits den anderen nationalen und internationalen politischen Zusammenhang widerspiegelt. Es zwang alle dazu, eine Position zu beziehen. Selbst auf diejenigen in Decatur und Peoria, die nicht auftauchten und von denen wir wußten, machte diese Leistung unserer kleinen Partei einen großen Eindruck. Das ist einfach eine Tatsache. Die Wirkung der Mobilisierung von Springfield kann sich sehr wohl beim nächsten Streik zeigen. Wir zeigten, daß etwas getan werden *kann*, und die Arbeiter denken vielleicht, diese Leute stellten sich gegen alles, und sie taten es, weil sie eine gute Führung und eine gute Organisation hatten. Vielleicht können auch wir mit einer guten Führung und einer guten Organisation gewinnen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 593, 4. Februar

## Italien...

Fortsetzung von Seite 15

in Ostia mit 52 Prozent der Stimmen gewählt. Ermutigt durch die Wahlergebnisse stachen faschistische Schläger auf drei RC-Mitglieder ein (von denen einer schwerverletzt im Krankenhaus liegt), brannten das lokale RC-Büro in Primalva nieder und führten einen weiteren Angriff in Monteverde durch, alles innerhalb von wenigen Tagen. Die Reaktion von RC war es, an die „Ordnungskräfte“ zu appellieren, d. h. die Polizei. Dies sind die gleichen „Ordnungskräfte“, die das RC-Mitglied Lussurgiu beschuldigten, angeblich eine Bombe beim Büro des Industriellen-Verbandes gelegt zu haben. Es ist wahrhaft selbstmörderisch, an den Staat zu appellieren, er solle die Büros und Mitglieder der Arbeiterbewegung und die Opfer des faschistischen Terrors verteidigen.

Die mörderischen Faschisten müssen aus ihren Löchern vertrieben und zerschlagen werden, bevor sie die Arbeiterbewegung zerschlagen! Während die RC ihr Vertrauen in die Artikel der Verfassung setzt, die „aus der Resistenza geboren wurde“, rufen wir Trotzlisten zur Bildung von Arbeiterverteidigungsgruppen auf. Wie das Flugblatt der LTd'I vom 24. März feststellte:

„Die Arbeiterklasse muß sich an ihre Geschichte erinnern, wie die Demonstration in Genua 1960, die die MSI daran hinderte, ihren Kongreß abzuhalten, und die die faschistischen Massenmörder verjagte. Hinter dem parlamentarischen ‚Antifaschismus‘ steht das Programm der Klassenkollaboration. In einem Interview mit *Corriere della Sera* (19. März) gab der RC-Führer Bertinotti zu, daß diese ‚progressive‘ Allianz eine ‚Volksfront ist, so wie die von Léon Blum in Frankreich und der Republikaner in Spanien in den 30er Jahren, oder von Allende in Chile 1973‘. Die französische Volksfront hat die Arbeiterklasse entwapnet und daran gehindert, im Juni 1936 die Macht zu übernehmen. Der Verrat von Stalinisten und Blums SFIO (Sozialdemokraten) führte die Volksfront bis zur Auflösung und händigte die Macht an das Vichy-Regime aus, das mit den Nazis verbündet war. In Spanien öffnete die Volksfront den faschistischen Truppen von Franco den Weg (die von Hitler und Mussolini unterstützt wurden), nachdem sie 1937 bei dem heroischen Aufstand in Barcelona Hunderttausende Arbeiter blutig unterdrückt und die kämpferischsten Sektoren des spanischen Proletariats dezimiert hatte. Und in Chile hat Allende, der Streiks niederschlug, eine Woche vor dem Putsch Pinochet zum Armeechef berufen, den Schlächter, der ihn dann stürzte und Zehntausende Arbeiter und politische Opponenten dahinmetzelte. Die Volksfront hat, wann immer sie auftrat, den Weg für die Rechten geöffnet und die antifaschistischen Kämpfe entwapnet. Anhänger von RC, die diese tragischen Beispiele nicht wiederholen wollen, welche *explizit* von ihrem Parteisekretär unterstützt werden, müssen mit den verräterischen Führern brechen und den Weg des Aufbaus einer authentisch leninistischen Partei einschlagen.“

### Schmiedet eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Kürzlich beim Kongreß im Januar drückte ein Drittel der RC-Delegierten auf verschiedene Weise ihre Opposition zur Beteiligung am „progressiven Pol“ aus. Diese oppositionellen Strömungen, ein Block zwischen ehemaligen Führern der Democrazia Proletaria und der PCI, Führer der COBAS (Basiskomitees, syndikalistische Oppositionsgruppen in den Fabriken) und Pseudotrotzkisten wie Livio

Maitan, Franco Grisolia und Marco Ferrando, sind nichts als der linke Flügel der Volksfront. Grisolia und Ferrando widmeten eine ganze Ausgabe ihres Magazins (*Proposta* Nr. 3) dem Zweck zu argumentieren, daß es notwendig sei, für die „Progressisten“ zu stimmen. In *Liberazione* (Zeitung von Rifondazione Comunista) appelliert Ferrando an die Unterstützer von „Antrag 2“, nicht die RC zu verlassen.

Die Arbeiter von Alfa Romeo, Fiat und Olivetti müssen sich sehr unwohl gefühlt haben, für eine Koalition mit Olivetti-Chef De Benedetti und dem Bürgermeister der „Fiat-Stadt“ (Turin), Castellani, zu stimmen, während sie zu Tausenden entlassen werden. Und jetzt waren 620 Enichem-Arbeiter in der süditalienischen Stadt Manfredonia die ersten, die einen Eindruck der Zweiten Republik gekriegt haben. Innerhalb weniger Stunden, nachdem die Wahlurnen geschlossen waren, erhielten sie die blauen Briefe.

Heute könnten einige Arbeiter und Jugendliche, die durch den Schock des rechten Wahlsiegs und durch die Volksfront desorientiert sind, glauben, daß Berlusconi & Co. zu stark sind und man keinen Widerstand gegen sie leisten könnte. Doch im Gegenteil, sie sind sehr instabil, und nicht nur wegen ihres scharfen internen Gezänks (Bossi beschuldigt jetzt Berlusconi diktatorischer Gelüste, bezieht sich auf ihn als „Berluskaiser“ und nennt seine Antipartei-Partei „Farsa Italia“). Der wesentliche Grund für den Wahlsieg der Rechten war der extreme *politische Bankrott der reformistischen Linken*, die die Arbeiter in vergeblichen Hoffnungen auf Ministersessel ausverkauften, während DC/PSI ihre Dienste für Bestechungsgelder verkauft haben. Das Phänomen eines Berlusconi kam aus dem Nirgendwo und riß den Sieg mit lügnerischen Versprechungen von Arbeitsplätzen an sich. Aber dieser politische Abenteurer kann die Arbeitsplätze nicht beschaffen.

Bei dieser Wahl drängt sich die Parallele zum Sieg der gaullistischen Rechten vor einem Jahr in Frankreich auf. Nach der Wahlkampagne, deren heißeste Frage die *Arbeitslosigkeit* war, hat die französische Rechte gewonnen, nur weil Mitterrands Volksfront (die seit einem Dutzend Jahren an der Macht war) offensichtlich keine Antworten hatte. Die Linke wurde zu einer kleinen Minderheit im französischen Parlament reduziert; Premierminister Balladurs Popularität schwoll an. Doch innerhalb von Monaten kam die Balladur-Regierung ins Taumeln, als die Arbeiter von Air France in Rebellion gegen die Privatisierungspläne aufstanden, die Tausende Entlassungen zur Folge gehabt hätten. Nach diesem Sieg zog die rechte Regierung ihre Pläne zurück, private Schulen zu unterstützen. Und jetzt haben französische Studenten die Balladur-Regierung dazu gezwungen, ihren Plan aufzugeben, den Mindestlohn für neu eingestellte junge Arbeiter herabzusetzen (was ein explizites Modell für das von Berlusconi angekündigte „neue italienische Wunder“ ist).

Diese Kämpfe zeigen, daß der Widerstand der Arbeiterklasse gewinnen kann. Der Aufstand der italienischen Arbeiterbewegung gegen den Ausverkauf der Scala mobile im Herbst 1992, wo militante Arbeiter wertlose Münzen und Bolzen auf die Ausverkäufer der Gewerkschaftsspitzen schleuderten, demonstrierte, daß der Wille zum Kampf da ist. Notwendig ist vor allem ein Kampf, um den Würgegriff der Reformisten zu brechen, die die Arbeiterklasse in die Zwangsjacke der Volksfront stecken und an ihren Klassenfeind ketten. Eine authentisch kommunistische Partei muß geschaffen werden, inspiriert vom Internationalismus von Lenin und Trotzki, eine Partei, die kompromißlos gegen die Klassenkollaboration kämpft und untrennbar mit dem bolschewistischen Programm der sozialistischen Weltrevolution zusammengesetzt ist. Die Lega trotskista d'Italia kämpft dafür, diese Partei aufzubauen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 598, 15. April

# Nazis stoppen, Antifas verteidigen

## JRE/Gruppe Spartakus: Nicht ihr Ding

Am 20. April wollte der CDU/SPD-Senat mit der Übernahme des Fußball-Länderspiels Deutschland/England Berlin zu einer Polizeifestung machen. Für die Nazis war dies willkommener Anlaß, zu einem Marsch in der Reichshauptstadt aufzuziehen. Aber dies stieß sofort auf weltweiten wütenden Protest gegen das „Nazimatch“, und der Berliner Senat lief Gefahr, mit einer breiten Gegenmobilisierung konfrontiert zu werden. Denn Gewerkschafter und Jugendliche begannen sich zu organisieren, um dieses obszöne nationalistische Spektakel und die Nazi-Märsche zu verhindern.

Ganz anders reagierte die selbsternannte „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE). Die JRE-Führung wollte nicht mal das nationalistische „Volksfest“ am 20. April verhindern, sondern forderte antifaschistische Jugendliche dazu auf, mit „Roten Karten“ im Stadion eine Lichterkette Nr. 2 zu bilden. Mit dieser Kampagne stand sie sogar rechts von dem rassistischen SPD-Chef Voscherau in Hamburg, der das Spiel absagte, um sich keinen zusätzlichen Ärger einzuhandeln. Die JRE rührte damit die Werbetrommel für den Berliner Senat, der das Motto herausgab: Ordnung soll herrschen in Berlin. Um der Welt zu beweisen, wie sauber und nett die Reichshauptstadt inzwischen geworden sei, rief JRE zur Roten-Karte-Aktion und erklärte: „Dabei sollten Antifaschisten versuchen, auch die Fußball-Fans einzubinden, die an diesem Tag Sport erleben wollen und in ihrer großen Mehrheit gegen Nazis und Rassisten sind“ (Vorán Nr. 160, April). Also JREler als Hilfstruppen des rassistischen Senats! Darüber hinaus würden Antifaschisten damit in eine gefährliche und völlig schutzlose Situation getrieben, wo sie von Bullen umringt in der Mitte von notorischen deutschnationalen Fußballanhängern sitzen. Und die britischen Hooligans sind auch nicht appetitlicher.

Während die Empörung über dieses Spiel am Hitler-Geburtstag in den Gewerkschaften dazu führte, daß die DGB-Arbeitsgruppe GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus Aktionswochen vom 14. April bis zum 1. Mai ankündigte, um Nazi-Aktionen zu verhindern, betätigte sich die JRE mit ihrer Ablenkungsarbeit als Saubermänner (wozu nicht einmal Weizsäcker die Chuzpe hatte). Denn ihr Ziel ist nicht, die Jugendlichen für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter zu gewinnen, sondern sie der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Obwohl sie auch davon reden, „in den Stadtteilen Schutz gegen Faschisten“ zu organisieren (Vorán Nr. 160, April), beschränkte sie sich auf impotenten Aktivismus, um ihre Rolle als Anhängsel des Senats abzudecken.

Der Grund dafür ist, daß diese Gruppe das Mißtrauen aller Reformisten in die Arbeiter teilt und daher immer dabei landet, Druck auf den bürgerlichen Staat und die SPD auszuüben. So war eine Beteiligung für die sektiererische JRE am linken „Bündnis: Kein Länderspiel am 20. April!“ nicht etwa deshalb abwegig, weil dieses die Stoßrichtung hatte, Druck auf den Senat und den englischen Fußballbund auszuüben, das Spiel abzusagen. Denn selbst dieses Bündnis erkannte, wie absurd die Idee ist, man könne mit „Roten Karten“ die Bullen dazu bewegen, die Nazis im Zaum zu halten. Trotz gegenteiliger Behauptungen, „kein Vertrauen“ in Polizei und Gerichte zu haben, brüstete sich Vorán schon im letzten Oktober, daß die JRE-Kampagne „zum Verbot des NPD-Bundesparteitages durch das bayrische Innenministerium“ geführt hätte. Wie selbstmörderisch dieses Konzept ist, weil solche Verbote sich in der Praxis fast immer gegen die Linke und Arbeiter-

bewegung richten, zeigte sich erst kürzlich wieder bei Kantners PKK-Verbot und der anschließenden Hetzjagd auf Immigranten.

Mit ihrer offen sozialdemokratischen Anbieterei hat sich die JRE unter aktiven Antifaschisten einigermaßen diskreditiert. Dies hinderte die Gruppe Spartakus (GS) aber nicht, ihre ganze Intervention zum 20. April auf diese kleinen Mochtegern-Scharpings auszurichten. Zwar redet die GS auf dem Papier von gewerkschaftlich organisierten Selbstverteidigungsgruppen, aber konkret will sie nur Dampf gegen die JRE machen – für „eine konsequente anti-faschistische Mobilisierung“, versteht sich. Die GS – eine Ansammlung von verbitterten und demoralisierten Typen, die aus unserer Organisation flüchteten, als Anfang der 80er Jahre der Kalte Krieg wieder heiß wurde – veröffentlichte einen Vorschlag, den sie an das sozialdemokratische Anhängsel JRE richtete. Sie nannte ihn einen Offenen Brief an die Gewerkschaften zum 20. April, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Als aber die Roten-Karten-Halter der JRE abwinkten, wurde der Vorschlag flugs zu den Akten gelegt. Damit war bei den GSlern die Luft raus, und ihr Traum vom Sitz im JRE-Bündniskomitee war jäh zerplatzt. Ihr Konzept läßt sich kurz zusammenfassen: Die „Einheit der Linken“, d. h. ein Propagandablock, der Druck auf die JRE ausübt, die wiederum Druck auf SPD und bürgerlichen Staat ausübt.

Dies alles hat *absolut nichts* damit zu tun, gegen Nazis zu kämpfen, sondern ausschließlich damit, antifaschistische Arbeiter und Jugendliche an die Volksfront zu ketten, die in diesem Fall sogar bis in die höchsten Senatsetagen reicht. Auf den Punkt gebracht wurde dies, als Antifa-Gençlik-Komitees für den 20. April zu einer Demo in Berlin aufriefen.

Die Demo forderte die sofortige Freilassung der fünf türkischen und kurdischen Antifaschisten, die seit November 1993 im Knast sitzen, weil sie angeklagt sind, ein finsternes Treffen von Nazi-Führern vor anderthalb Jahren in einem China-Restaurant in Kreuzberg gestört zu haben, bei dem der Nazi Kaindl umkam. Wie wir in *Spartakist* Nr. 110

Fortgesetzt auf Seite 18

Die Internationale  
Kommunistische Liga  
macht die Polemiken  
ihrer Opponenten  
in der Linken  
zugänglich:

Gruppe Spartakus,  
„Die SpAD in der  
DDR: Opportunismus  
in revolutionärer  
Verkleidung“

Antwort auf GS:  
„Antispartakisten im  
Sog der Sozialdemo-  
kratie“ (*Spartakist*  
Nr. 87, Juni 1991)

DM 5,-

Bestellungen über:  
Postfach 555  
10127 Berlin

Den Troztkismus hassen,  
die Spartakisten hassen

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:  
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in  
revolutionärer Verkleidung. Zur Geschichte  
der Internationalen Kommunistischen Liga“  
(Trotzkistisches Bulletin Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:  
„Jetzt im Klartext – BT zur Verteidigung  
der USSR: „Nein, Danke!“ Antispartakisten  
im Sog der Sozialdemokratie“  
(*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

Spartakist: Arbeiterpartei Deutschlands  
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,-

## JRE/Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 17

(Februar) schrieben: „Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen.“ Wir Spartakisten demonstrierten auf dieser Demo, zu der Türken, Kurden und deutsche Antifaschisten gemeinsam aufgerufen hatten, für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung, um die Nazis zu stoppen.

Die Voran/JRE-Führung trat dagegen sogar direkt gegen die Antifa-Demo auf und startete eine Hetzkampagne. Bei einer Versammlung von JRE-Mitte warnten Voran-Unterstützer die Jugendlichen vor einer Teilnahme an der Demo, weil sie zu gefährlich sei, und verbreiteten sogar die dreiste Lüge, die Demo sei verboten. Dies ist eine offene Aufforderung an die Bullen, die Demo zur Zielscheibe ihres Terrors zu machen. Es ist nicht lange her, daß Voran/JRE die Position verkündete, daß die Bullen gewerkschaftlich organisiert werden sollen. Ihre Schwesterorganisation Militant in Britannien meint sogar, daß die rassistischen Bullen Teil der Arbeiterbewegung seien. Kein Wunder, daß die JRE sich in einer Polizeifestung um das von Hitler erbaute Olympiastadion mit „Roten Karten“ in der Hand sicherer fühlt, als auf einer überwiegend von Immigranten geführten Demo, die direkt gegen den rassistischen Bullenterror auf-

ruft. Dennoch kamen JRE-Jugendliche auf unsere Intervention hin zu der Demo, einige beteiligten sich an unserem Block.

Die GS erwies sich diesmal als Vorreiter für die Hetze der JRE, als sie die Antifa-Gençlik-Demo als „sektierisch“ angriff, bei der „der militante MigrantInnen-Teil der Linken in Deutschland sich isoliert“ (*Bolschewik* Nr. 5, April). Die Verteidigung von Immigranten ist nicht ihre Sache.

Bei der Beteiligung von Gewerkschaftsblöcken hätte diese Demonstration von türkischen und kurdischen Immigranten, die für Selbstverteidigung von Antifaschisten eintreten, zum Ausgangspunkt für entschlossene gemeinsame Aktionen gegen Nazi-Anschläge werden können.

Wir Spartakisten unterstützen das Recht aller Immigranten und Minderheiten, die von Faschisten oder der Polizei bedroht sind, ihre Verteidigung zu organisieren. Ganz besonders verteidigen wir die Antifascist Gençlik, die von Gerichten und Polizei verfolgt wird. Die Immigranten und Jugendlichen brauchen die soziale Macht der Arbeiter, um die Faschisten zu zerschlagen und sich gegen rassistische Bullenangriffe zu verteidigen. Dazu brauchen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei, die ein Programm hat, die Nazis zu stoppen und die Immigranten zu verteidigen. Wir Spartakisten bauen sie auf. ■

## Rassistische Mörder...

Fortsetzung von Seite 11

DM werden in Nazi-Projekte investiert) von Skinheads und anderen Nazis wie dem „Gauleiter“ der Wiking-Jugend, organisierte die Ausländerbeauftragte Mitte Dezember letzten Jahres einen „Dialog“ mit ihnen in einem Nazi-Jugendklub. Als sie rausging, warteten die Schläger schon auf sie. Sie folterten sie, drückten brennende Zigaretten auf ihrem Hals aus und überschütteten sie unter Rufen wie „Judensau“ mit Bier. Sie berichtete, daß sie Todesängste ausstand. „Das waren Monster, keine Menschen“, sagte sie dem *Spiegel* (20. Dezember 1993). Als sie sich trotzdem entschied, nicht einmal Anzeige gegen diese Terrorbanden zu stellen, wüteten die Skinheads in der gleichen Nacht in den Straßen von Dresden und zwangen Passanten, ihre Stiefel zu küssen.

Kommen wir zurück zum Hauptpunkt: Mit Nazis zu diskutieren ist gefährlich, und zwar nicht nur physisch, sondern auch politisch. Es war die Lehre der Nazi-Herrschaft in Deutschland, daß die braunen Banden hätten gestoppt wer-

den können, bevor sie an die Macht kamen. Wie Trotzki 1934 über Frankreich schrieb: „Die taktische, oder wenn man will, ‚technische‘ Aufgabe, war ziemlich einfach – man packt jeden Faschisten oder jede isolierte Gruppe von Faschisten am Kragen und macht sie ein paar Mal mit dem Pflasterboden bekannt, entreißt ihnen die faschistischen Symbole und Dokumente, und ohne die Dinge weiterzuführen, läßt man sie mit ihrem Schrecken und ein paar kräftigen blauen Flecken zurück.“

Wer glaubt, mit Faschisten „diskutieren“ zu können, sucht notwendigerweise nach einer gemeinsamen Basis, die von der SPD bis zur PDS und Voran/JRE einen klaren Namen hat: deutscher Nationalismus, ob „links“ oder rechts. Sie haben alle die kapitalistische Wiedervereinigung und die Konterrevolution in der Sowjetunion unterstützt, durch die der Nazi-Terror wieder hochgekommen ist. Als Internationalisten kämpfen wir entschieden dafür, die Nazis zu zerschlagen, bevor sie uns angreifen können. Jetzt müssen die Arbeiterbewegung und alle Unterdrückten die Lehren der Geschichte wieder lernen und durch Massenmobilisierungen das braune Pack in seine Löcher zurücktreiben! ■

## Schulungsreihe der Spartakist-Arbeiterpartei

### Berlin

Jeden zweiten Donnerstag, 18.30 Uhr

Linkstreff

Weddingstraße 6, 1. Stock  
(U-Bahnhof Nauener Platz)

**5. Mai:** Brecht mit der Sozialdemokratie!  
Für eine Arbeiterregierung!

**19. Mai:** Die Volksfront –  
Todfeind jeder Revolution

**2. Juni:** Die Permanente Revolution

**16. Juni:** Für eine leninistische Partei  
als Volkstribun!

### Halle

Jeden zweiten Dienstag, 19.00 Uhr

Galerie Cafe Steg, Stegpassage 2, 06110 Halle

**3. Mai:** Stalinismus – Totengräber der Revolution  
Der Kampf der Spartakisten gegen  
die kapitalistische Wiedervereinigung

**17. Mai:** Die Permanente Revolution  
von Südafrika bis zur Türkei

**31. Mai:** Brecht mit der Sozialdemokratie!  
Für eine Arbeiterregierung!

**14. Juni:** Für die Wiederschmiedung  
der IV. Internationale!



# Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite 1

Synagoge in Brand gesteckt. In Bielefeld wurde der grausame Mordanschlag von Mölln und Solingen, als eine Bande von Nazi-Killern ein von Immigranten bewohntes Haus in Brand steckte, wiederholt. Auch in anderen Städten gab es Nazi-Überfälle auf Immigranten, Jugendliche und Wohnheime.

Zehntausende Jugendliche und Gewerkschafter sind zutiefst empört und suchen nach einer Möglichkeit, die Faschisten zu stoppen. Am 20. April demonstrierten in Berlin über 3000 Immigranten und Linke, was von den Antifa-Gençlik-Komitees der Bundesweiten MigrantInnen-Initiative initiiert worden war. Die Spartakist-Arbeiterpartei intervenierte dort mit einem Block für gewerkschaftliche Mobilisierungen der Arbeiter/Immigranten gegen Nazi-Anschläge. *Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiterbewegung gegen den blutigen Nazi-Terror mobilisiert, der seit der kapitalistischen Wiedervereinigung über 50 Todesopfer und unzählige Verletzte gefordert hat!*

Die Arbeiter der IG Metall, wo auch Zehntausende türkische und kurdische Kollegen organisiert sind, der ÖTV, die jetzt mit Warnstreiks für gleiche Löhne in Ost- und Westberlin kämpfen, und aller anderen Gewerkschaften haben die Kraft, gemeinsam mit Immigranten, Jugendlichen und allen Antifaschisten das Nazi-Pack aus den Straßen zu verjagen. Eine massenhafte gewerkschaftliche Mobilisierung am 1. Mai muß in Berlin den drohenden Aufmarsch der FAP-Faschisten *verhindern*, der ein offener und direkter Angriff auf die Arbeiterklasse ist, die an diesem Tag zu Zehntausenden auf den Straßen marschiert.

Die Antworten der DGB-Bürokratie auf die Nazi-Drohungen am 20. April und 1. Mai in Berlin waren „Aktionswochen gegen Rassismus und Naziterror“. Veranstaltungen allein werden den Nazi-Terror nicht stoppen; dennoch spiegelt dies die Empörung der Arbeiterklasse und der Jugendlichen wider angesichts der staatlich geplanten Provokation am 20. April und der für diesen Tag und den 1. Mai angekündigten Nazi-Provokationen. Am Abend des 20. April organisierten GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus im DGB-Jugendhaus in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Jugendlichen Fahrwachen gegen Nazi-Angriffe. Spartakist-Unterstützer beteiligten sich an der Aktion. Aber diese DGB-Arbeitsgruppe erhält nur minimale Unterstützung von den Gewerkschaften und dient gleichzeitig als Feigenblatt, um das Nichtstun der Bürokraten zu vertuschen.

Der Veranstaltungskalender verrät ihr Ziel, die Wut gegen Nazis zu kanalisieren in Appelle an den Berliner Senat, er solle den FAP-Aufzug verbieten. Also Appelle an die Typen, die gerade vorhatten, den Jahrestag des Hitler-Geburtstags in eigener Regie zu übernehmen und eine Polizeifestung in Berlin zu errichten. Aber ihre Erklärung geht weiter: „Falls der Berliner Senat an diesem Tag wieder einen faschistischen Aufmarsch genehmigt, läßt sich dies nur als Provokation der Gewerkschaften und aller AntifaschistInnen bewerten. In diesem Fall werden wir am 1. Mai als breites gesellschaftliches Spektrum gegen den neofaschistischen Aufmarsch mobilisieren.“

## Für eine revolutionäre Partei, die die Macht der Arbeiter/Immigranten entfesselt

Wir Spartakisten haben lange, hart und konsequent für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gekämpft, um den Nazi-Terror zu stoppen und die Immigranten und alle anderen beabsichtigten Opfer zu verteidigen. Als wir zusammen mit dem Komitee für soziale Verteidigung im

Januar letzten Jahres, am Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, gemeinsam mit Immigranten die Verteidigung ihres Wohnheims gegen Nazi-Anschläge organisierten, wandten wir uns direkt an Gewerkschafter und Arbeiter in den Betrieben, um mit dieser exemplarischen Aktion ein Zeichen zu setzen, wie der Kampf gegen die Nazis erfolgreich geführt werden muß. Dabei erhielten wir Unterstützung von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären, die aber nicht dafür mobilisierten. Trotzdem beteiligten sich über hundert Antifaschisten, überwiegend Jugendliche, am erfolgreichen Schutz des Wohnheims.

Jeder Schritt in diese Richtung sollte für eine wirkliche Arbeitereinheitsfront gegen die Faschisten ausgenutzt werden. Aber wegen ihrer Verteidigung des rassistischen kapitalistischen Systems kämpft die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Faschisten bestenfalls so wie gegen die Arbeitslosigkeit, nämlich halbherzig und inkonsequent, wenn überhaupt. Als daher die Bürokratie dachte, die Bosse könnten es sich leisten, erhoben sie die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Jetzt bietet sie die „Beschäftigungsmodelle“ nach dem Muster von VW in Wolfsburg feil, die Lohnraub und verschärfte Arbeitshetze bedeuten. Zum Kampf gegen die Faschisten würden sie viel eher an den kapitalistischen Staat appellieren, dessen Aufgabe es ist, die Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuhalten und zu zerschlagen. Ob unter einer CDU- oder einer SPD-geführten Regierung, der Staat der Bosse wird immer die Faschisten schützen und anstiften.

Trotz Stalin zerschlug die Rote Armee das Hitler-Reich. Aber sechzig Jahre später haben die kapitalistische Wiedervereinigung und der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus den Nazis neuen Auftrieb gegeben. Um gegen die Faschisten kämpfen zu können, ist es notwendig, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Nur so können wir den Nazis den sozialen Nährboden, kapitalistische Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für die Jugend, entreißen, auf dem sie wachsen. Dies bedeutet, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die dem Kampf für die Macht der Arbeiterklasse und die Errichtung eines Arbeiterstaats verpflichtet ist.

Die dringendsten Aufgaben, vor denen wir heute stehen – die Arbeiterkämpfe gegen Entlassungen und Lohnraub, der Kampf um volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und die Zerschlagung der Faschisten –, erfordern vor allem einen kompromißlosen politischen Kampf gegen die reformistischen SPD- und Gewerkschaftsbürokraten. Frauen sind die ersten Opfer jeder Wirtschaftskrise. Um Arbeitsplätze für sie zu sichern, muß die Arbeiterbewegung ihre besondere Unterdrückung bekämpfen: Ersatzlose Kinderbetreuung rund um die Uhr! Der Kampf um Arbeitsplätze für alle muß geführt werden durch die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich und eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, und zwar *in Ost und West*. Dafür ist es notwendig, die Produktionsmittel zu enteignen und eine internationale geplante Wirtschaft innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu errichten. Letztlich wird der Faschismus nur durch den weltweiten Sozialismus ein für alle Mal beseitigt werden.

## Antifa-Jugend: Ihr braucht die Macht der Arbeiter, um die Faschisten zu zerschlagen!

Die Lähmung der Arbeiterbewegung durch SPD/PDS hat eine Generation von antifaschistischen Jugendlichen, Immigranten und Deutschen, hervorgebracht, die zwar oft Arbeiterkinder sind, aber kein Vertrauen in die Kampfkraft der Arbeiterklasse haben. Die Arbeiterbewegung muß

Fortgesetzt auf Seite 20

## Stoppt die Nazis...

Fortsetzung von Seite 19

in vorderster Reihe den Schutz *aller* Sektoren der Unterdrückten übernehmen und Verteidigungskomitees organisieren, die die Gewerkschaftsmitglieder und die militanten Jugendlichen zu einer disziplinierten Kraft verbinden, um den Faschisten einige sehr handfeste Lektionen zu erteilen.

Ein nationaler erfolgreicher Streik von IG Metall und ÖTV gegen die Kapitaloffensive Anfang des Jahres hätte im Kampf die Einheit der Arbeiter – Immigranten, Ost und West – geschaffen und damit die Voraussetzungen dafür schaffen können, die Nazis in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Wie wir in dem Artikel „Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!“ in *Spartakist* Nr. 110 (Februar) schrieben: „Streikposten sind der grundlegende Kern der proletarischen Armee. Dies ist unser Ansatzpunkt.“

Die SPD ist bei jeder entscheidenden Frage in einer festen Sachkoalition mit CDU/FDP: Von der Zerstörung des Asylrechts über Bundeswehr-Einsätze bis zu Massenentlassungen im Interesse des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ und zur Zertrümmerung von Sozialleistungen war die SPD bei jeder Schweinerei dabei.

Jetzt ist die SPD zu Recht so unpopulär und verhaßt, daß vielen die PDS als kleineres Übel erscheint. Wegen ihrer Herkunft aus dem Arbeiterstaat DDR steht sie oft unter antikommunistischem Beschuß von CDU, SPD und Grünen und will sich daher als „Opposition“ profilieren. Aber die PDS ist auch nur Teil der rassistischen Allparteienkoalition oder Volksfront. Die Volksfront ist eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, wobei durch die SPD/PDS die Arbeiter den rassistischen Bossen und ihren Parteien unterworfen werden.

Obwohl die PDS ein effektives Exposé über die Mittäterschaft der Eberswalder Polizei bei dem Nazi-Mord an Amadeu Antonio Kiowa herausgab (*Neues Deutschland*, 8. April), antwortet sie genau wie die SPD auf den mörderischen Nazi-Terror mit dem Ruf nach mehr Bullen. Appelle an den Staat zu richten war schon die Politik der SPD vor Hitlers Machtergreifung, als sie den Kampf gegen die Nazis an Hindenburg delegierte mit der Forderung „Staat, greif ein“. Jetzt schreit die PDS: „Rechtsstaat, greif ein.“ Aber die Bundesrepublik ist kein „Rechtsstaat“, sondern sie ist der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs.

Während die SPD gegen „Ausländerkriminalität“ hetzt, macht die PDS eine rassistische Kampagne gegen „Hütchenspieler“ und vietnamesische „Zigarettschmuggler“. Während die SPD mit den Petersberger Beschlüssen gegen das Asylrecht das Rostocker Pogrom anfeuerte, äußerte die PDS „Verständnis“ für die Beifall klatschenden Anwohner.

Rückendeckung erhalten die braunen Schlägerbanden durch die rassistische Allparteienkoalition in Bonn mit deren Zerschlagung des Asylrechts. Diese hat damit dem offenen Antisemitismus die Tür geöffnet. Daß jetzt im wiedervereinigten Vierten Reich wieder Synagogen brennen und Nazi-Rep-Führer Schönhuber den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Bubis, als „Volksverhetzer“ angreift, hat in der ganzen Welt Entsetzen ausgelöst. Darum macht sich die SPD nun für ein Verbot der Republikaner-Nazis stark. Im gleichen Fahrwasser segelt die PDS, die von den Bonner Brandstiftern Antirassismus-Gesetze fordert.

### Stimmen für die rassistische Volksfront stoppen keine Nazis

Als der paritätisch besetzte CDU/FDP/SPD-Bundesgerichtshof Mitte März einen Freibrief für das Verbreiten der

Auschwitz-Lüge ausgab, löste dies zu Recht einen Sturm der Entrüstung aus. Dieses Urteil bewies erneut die ungebrochene Herkunft der Klassenjustiz aus dem Dritten Reich. Aber die Reformisten ziehen genau die umgekehrte Schlußfolgerung: Sie verlangen von den „emotionslosen Ochsenfröschen“ (Giordano), die gerade die „Rechtmäßigkeit“ der Nazi-Losung „Ausländer raus“ bestätigt haben, den Rassismus per Gesetz zu verbieten. Wer soll das tun? Etwa die SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach, die jetzt nach Karlsruhe berufen wurde, nachdem sie Erich Mielke auf der Grundlage von Gestapo-Akten verurteilen ließ? In grotesker Weise werden sie dabei von den reformistischen Linken wie DKP/MLPD und SAG/Voran tatkräftig unterstützt, die ein Verbot der Faschisten oder ihrer Veranstaltungen fordern.

Jetzt sind die Nazis noch keine Massenbewegung, aber es ist eine der wichtigsten Lehren aus Hitlers Aufstieg zur Macht, daß es notwendig ist, sie zu zerschlagen, solange sie noch klein sind. Auch heute will die sozialdemokratische DGB-Führung am liebsten die Empörung über Nazi-Terror in papierne Appelle an den Staat kanalisieren. Als nach Solingen hauptsächlich eingewanderte Arbeiter in den Betrieben über Möglichkeiten zur Selbstverteidigung nachdachten, starteten die DGB-Bonzen gegen sie eine Kampagne mit der Parole „keine Gewalt“. Sie setzen ihr Vertrauen wieder in den kapitalistischen Staat und in Wählerstimmen für die SPD.

Die Nazi-Mörderbanden kümmern sich einen Dreck darum, wieviele Wahlkreuze für SPD und PDS abgegeben werden! Sie planen, nicht durch Wählerstimmen, sondern durch Terror und Mord gegen Juden, Immigranten, Linke und die Gewerkschaftsbewegung an die Macht zu kommen. Die Faschisten werden nur auf den Straßen gestoppt werden, durch die Macht von Massenmobilisierungen der Gewerkschafter und Immigranten.

In ganz Europa ist der Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft die Brutstätte des Faschismus. Die Faschisten nähren sich aus dem Elend und der Massenarbeitslosigkeit, die der Anschluß der DDR und die Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten gebracht haben. In der ehemaligen Sowjetunion hat die Konterrevolution, die von SPD, PDS und ihren „linken“ Anhängseln begeistert begrüßt und gefördert wurde, dem braunen Gesindel von Shirinowski den Weg bereitet, der von der faschistischen DVU finanziert wird. In Deutschland war die SPD der Vorreiter der Wiedervereinigung und der antikommunistischen Hexenjagd, mit der die Arbeiter eingeschüchtert werden und den Nazis der ideologische Boden bereitet wird.

Und die PDS sorgte mit ihren Versprechungen über einen „sanften“ Anschluß dafür, daß die Arbeiter keinen Widerstand gegen die Errichtung des wiedererstarkten Vierten Reichs leisteten, das heute das Bollwerk der rassistischen „Festung Europa“ ist. Diese politisch bankrotten Parteien werden jetzt von linken Gruppen wie Voran/JRE und Gruppe Spartakus als Stimmen „gegen rechts“ angepriesen. Von Italien bis Frankreich hat die Volksfront nur dazu gedient, den Arbeitern die Kosten für die kapitalistische Krise aufzubürden und den Faschisten Auftrieb zu geben.

Der Wiederaufstieg des Faschismus in Deutschland und in ganz Europa, inmitten der gefährlichen „Neuen Weltordnung“ von Wirtschaftskrisen, Handelskriegen und drohenden innerimperialistischen Kriegen, stellt scharf die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Wir Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei, die aufgebaut werden muß durch die Abspaltung der proletarischen Basis von der prokapitalistischen Führung der SPD und die dem Kampf für die internationalistische sozialistische Revolution verpflichtet ist. ■

## Frankreich...

Fortsetzung von Seite 8

der „Überlegenheit“ des Kapitalismus über die kollektivierten Wirtschaften des Sowjetblocks zu überzeugen. Die Offensive gegen die Arbeiterklasse geht Hand in Hand mit einer Stärkung des gesetzlichen Arsenal zur Verschärfung der Ausgrenzung der Immigranten und mit einer Welle von faschistischem und rassistischem Terror.

Die Jugendlichen, die gegen Balladurs Tarif unter dem Mindestlohn demonstrieren, wollen einen Arbeitsplatz, einen anständigen Lohn und eine Wohnung, mit anderen Worten akzeptable Lebensbedingungen. Sie hassen Ungerechtigkeit und rassistische Diskriminierung jeder Art. Die Arbeiterbewegung muß jetzt für einen *sofortigen Stop der Entlassungen* und für *Masseneinstellungen* in allen Wirtschaftssektoren kämpfen. *Nieder mit dem Hungerlohn für Jugendliche! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für massive Lohnerhöhungen!* Wir brauchen Ausbildungsprogramme und bevorzugte Einstellung für Jugendliche aus Immigrantenfamilien, die in den Ghetto-Vierteln der Vorstädte eingekerkert sind. Für das Recht von Jugendlichen, die in der Ausbildung sind, auf Stipendien in Höhe von Arbeiterlöhnen.

Setzt Gewerkschaftskontrolle von Einstellungen durch und benutz diese Waffe, um Schluß zu machen mit der rassistischen Diskriminierung, die die Söhne und Töchter der Immigranten in vielen industriellen Schlüsselsektoren ausschließt. *Für die Abschaffung der rassistischen Pasqua-Dekrete! Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien!* Die Arbeiterbewegung muß für eine *gleitende Skala der Löhne* kämpfen, bei der die Löhne automatisch an die Inflation angepaßt werden. Wir brauchen auch eine *gleitende Skala der Arbeitszeit* — verteilt die vorhandene Arbeit ohne Lohnkürzungen auf alle Arbeiter.

Die reformistischen Führer der Arbeiterklasse werden solche Forderungen als „utopisch“ zurückweisen; Forderungen wie die nach dem Recht auf Gesundheitsversorgung, nach ausreichenden Renten und qualifizierter Ausbildung für alle sind nicht weniger „utopisch“. In Wirklichkeit sind sie nur dann „utopisch“, wenn sie im Rahmen dessen gestellt werden, was die Kapitalisten bei einer neuen „Regierung der Linken“ tolerieren würden, der sie wieder die Verwaltung ihrer Wirtschaft und ihres Staates überlassen würden innerhalb der engen Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus.

Für uns Trotzisten ist die Frage nicht, ob dies im Rahmen des verrottenden Kapitalismus „möglich“ oder „unmöglich“ ist. Innerhalb dieses Rahmens sind keine systematischen sozialen Reformen möglich — jede erkämpfte Errungenschaft wird notwendigerweise wieder bedroht. (Die Tatsache, daß der Sieg der Air-France-Arbeiter im letzten Herbst heute von dem neuen Regierungsplan in Frage gestellt wird, ist ein Beleg dafür.) Die Frage für uns ist, was heute notwendig ist, um das Proletariat und damit die große Mehrheit der Bevölkerung zu erhalten und vor Niedergang und Ruin zu bewahren. Es ist notwendig, einen kompromißlosen Kampf für diese Forderungen zu führen, nicht im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus — der vor allem den Respekt vor dem kapitalistischen Eigentum bedeutet —, sondern mit den Waffen des Klassenkampfes: Massendemonstrationen und Massenstreiks genauso wie Betriebsbesetzungen.

Im letzten Frühjahr, als Pasqua über das 18. Arrondissement von Paris den Belagerungszustand verhängte, um die Jugendrevolte zu zerschlagen, die nach dem rassistischen Mord an Makome M'Bowole in einer Polizeistation ausgebrochen war, forderten wir, daß Arbeiterbataillone um dieses Arbeiterviertel zusammengezogen werden müssen,

um es zu verteidigen; gleichzeitig betonten wir, daß es das Ziel der Regierung war, „die Polizeirepression und die Gewalt im Namen von rassistischer ‚Sicherheit‘ zu verschärfen... Der Terror gegen Immigranten ist die Speerspitze der Offensive gegen alle Arbeiter“ (*Le Bolchéviek* Nr. 124, Juli/August 1993). Seitdem hat die Mitterrand-Balladur-Regierung in der Tat ihre Polizeihunde gegen die im Kampf stehenden Arbeiter losgehetzt, von Air France über die Bergarbeiter bis zu den Arbeitern von Sud-Marine, aber ebenso gegen die Jugendlichen.

Wir warnen: Die Regierungspolitik wird früher oder später zu einer blutigen Provokation führen. Es ist die Pflicht der Arbeiterbewegung, die Jugendlichen und alle Unterdrückten zu verteidigen. Wir müssen *Streikpostenketten* bilden, um bestreikte Fabriken zu schützen, und Arbeiter/Immigranten-Selbstverteidigungskomitees bilden zum Schutz von Demonstrationen und Immigrantenvierteln gegen Angriffe der Polizei und der Faschisten.

Die Arbeiter müssen aus *Streikkomitees* und *Fabrikkomitees* auch wirkliche Kampforganisationen aufbauen, *Arbeiterräte (Sowjets)*, in denen die Arbeiter und ihre Verbündeten demokratisch entscheiden, was ihre Strategie und Taktik sein soll, und sie müssen eine neue Führung wählen, geschmiedet im Feuer des Klassenkampfes. Auf der Basis von solchen Mobilisierungen und Organen der Arbeitermacht werden die Arbeiter vor allen Klassen der Gesellschaft die Frage des revolutionären Sturzes der Diktatur des Kapitals durch eine neue Macht stellen, die Macht der Ausgebeuteten und Unterdrückten — die Frage der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats.

Im Gegensatz dazu versuchen die reformistischen Führer der Arbeiterbewegung verzweifelt, den explosiven Charakter der Mobilisierungen gegen den Hungerlohn für Jugendliche zu entschärfen. So hoffen sie, daß sie die Mobilisierung vom 17. März in eine Ein-Tages-Aktion verwandeln können, und sie haben noch nicht einmal zu einem Streik aller Arbeiter aufgerufen. Die „Perspektive“, die von der PCF aufgestellt wird, heißt ... für die Kandidaten der PCF bei den Kommunalwahlen am 20. März zu stimmen! Die Tatsache, daß Robert Hue zum Nationalsekretär der PCF gemacht worden ist, ist sehr bezeichnend. Er hat 1981 in seiner Stadt Montigny-lès-Cormeilles eine Kampagne gegen eine marokkanische Familie geführt und sie als „Drogenhändler“ denunziert, womit er sich immer noch brüstet; er ist ein Vorreiter der Offensive gegen die Immigranten, unter dem Vorwand des „Kampfes gegen Drogen“. Diese rassistische Kampagne — deren berühmt-berüchtigtes Symbol die Bulldozer von Vitry waren (wo ein PCF-Bürgermeister ein Wohnheim eingewanderter Arbeiter niederwalzen ließ) — war die Eintrittskarte der PCF-Führung in die Regierung von Mitterrand.

Heute, in einer Situation von zunehmendem Klassenkampf gegen eine geschwächte Regierung, die eine reaktionäre Provokation auf die andere häuft, tun die reformistischen Bürokraten ihr bestes, um eine neue Koalition der Klassenzusammenarbeit zusammenzuzimmern (wie die Union der Linken oder in den 30er Jahren die Volksfront), die diese Kämpfe abwürgen soll. Wie wir in der letzten Ausgabe von *Le Bolchéviek* über die augenblicklichen Kämpfe in Europa geschrieben haben:

„Vor der europäischen Arbeiterbewegung steht die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution. Für klassenbewußte Arbeiter geht es nicht um die Frage, ‚wird es ein neues 1968 geben?‘, sondern, wie kann man einen Mai '68 erreichen, der bis zum Ende geht, bis zur Eroberung der Macht. Der Schlüssel ist der Aufbau trotzkistischer Parteien, geschmiedet auf einem Übergangsprogramm, das zur Arbeiterrevolution führt.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 597, 1. April

## Kurden...

Fortsetzung von Seite 5

100 kurdische Militante festgenommen, die „verdächtig“ wurden, der PKK anzugehören. Eine Woche später hat in Deutschland die Kohl-Regierung, unterstützt durch die „oppositionellen“ Sozialdemokraten, die PKK und 35 andere kurdische Vereine verboten, die von Zehntausenden unterstützt werden. Dies kommt nach dem vor Jahren verhängten Verbot gegen die türkische linke Gruppe Devrimci Sol.

In ganz Westeuropa wurde ein pogromistisches Klima gegen Kurden entfesselt. Im letzten September, als mehr als 1500 Kurden von Paris zu einem PKK-Fest nach Frankfurt reisten, wurden sie an der deutschen Grenze gestoppt und für Stunden in ihren Bussen festgehalten. In der berüchtigten Manier der Gestapo drangen Polizisten in den frühen Morgenstunden des 26. November in 160 kurdische Einrichtungen und Vereine ein und verwüsteten sie, ebenso wie eine Reihe von Privatwohnungen. Mitte Dezember stoppte die Polizei wieder Busse, die zu einem PKK-Fest nach Kassel fuhren; als Hunderte Kurden aus Protest die Autobahn bei Kassel blockierten, wurde das KfsV-Banner entfaltet mit der Losung: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!“

Im letzten Monat wurden die kurdischen Neujahrsfeiern (Newroz) in vielen deutschen Städten als „illegale politische Aktivität“ verboten. Hunderte von Kurden wurden von der Polizei auf den Straßen gestoppt, geschlagen und festgenommen. In tiefster Verzweiflung verbrannten sich drei Kurden aus Protest selbst. Zwei von ihnen waren Frauen, deren Familien durch das türkische Militär und die Todesschwadronen in Kurdistan ermordet worden sind. Sogar ein Trauermarsch für sie wurde am 27. März in Mannheim verboten – genauso, wie es im rassistischen Südafrika üblich ist –, mit einem massiven Aufmarsch des paramilitärischen Bundesgrenzschutz. Dennoch marschierten 10 000 durch Mannheim und zeigten die Kontinuität des Vierten Reichs mit dem Nazi-Regime durch ihre Losung: „Gestern Juden, heute Kurden“.

Als kurdische Demonstranten es wagten, die von Hitler gebauten Autobahnen zu blockieren, geiferten Zeitungen



Günder

**Frauentag in der Türkei – Arbeiterinnen des Gesundheitswesens mit Gewerkschaftsbanner: „Werktätige Frauen aus aller Welt am 8. März vereint“**

wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24. März) hysterisch, daß dies schlimmer sei als Massenterror. Die Regierung ermittelt gegen 500 Demonstranten – 389 davon allein im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen – und bedroht sie mit Massenabschiebung. Die SPD fordert nur ein „faires Verfahren“ als Vorspiel zur Abschiebung. Ein Jahr zuvor haben diese „Sozialisten“ für Kohls Abschaffung des verfassungsmäßigen Rechts auf Asyl gestimmt, und damit den faschistischen Terror gegen „Ausländer“ angezettelt und belohnt.

Heute gibt es über 500 000 kurdische Immigranten in Deutschland, von denen viele seit Jahrzehnten hier leben, während ihnen die Staatsbürgerrechte verwehrt werden. Kurdische und türkische Arbeiter sind ein strategischer und militanter Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung. Aber nachdem die Kurden durch die völkermörderischen Angriffe des türkischen Regimes an die Wand gedrückt wurden, haben kurdische Nationalisten verzweifelt gegen alles losgeschlagen, was türkisch ist, einschließlich willkürlicher Terrorakte gegen türkische Restaurants, Kulturzentren und Reisebüros.

Die Angriffe auf Kurden finden im Klima des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus statt, der durch die kapitalistische Wiedervereinigung entfacht wurde und zu mörderischem Naziterror führte, zum Rostocker Pogrom 1992, zu den rassistischen Brandmorden in Mölln und Solingen einige Monate später, bis zum Brandanschlag auf eine Synagoge in Lübeck Ende März. Dies alles ist Teil der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, um die Arbeiterbewegung zu spalten und die Zeche für den Anschluß des ehemaligen ostdeutschen Arbeiterstaates zahlen zu lassen.

Die internationale Arbeiterbewegung muß dringend mit einem Aufschrei der Empörung auf die rassistische Verfolgung der Kurden im Vierten Reich antworten und die Drohung, sie in die Folterkeller und an die Todesschwadronen ihres NATO-Verbündeten in Ankara abzuschieben, zurückschlagen. Unterstützt die internationale Protestkampagne mit der Forderung: **Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine in Deutschland! Weg mit dem Verbot der türkischen linken Gruppe Devrimci Sol! Stoppt die Abschiebungen!**

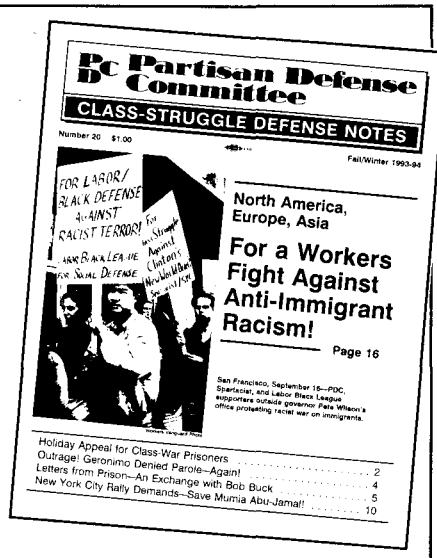
8. April 1994

### Class-Struggle Defense Notes

herausgegeben vom Partisan Defense Committee, der 1974 von der SL/ U.S. gegründeten klassenkämpferischen Verteidigungsorganisation

DM 2,-

Zu beziehen über die Redaktionsadresse



# Kürtler...

Baştarafı 24. Sayfada

katil askeri cuntanın elinde ölüme teslim etmesini ve Irak ve Haiti'yi açlığa mahkum etmeyi amaçlayan ablukaya alışı da aynı zamanda protesto etmektedirler. Fransa'daki gösterinin örgütleyicileri ise Mitterand-Balladur hükümetinin iki Kürt kuruluşunu yasaklamasını ve Cezayir asıllı bir genci sınır dışı etmesini de gösterinin protestoları arasına katmaktadır.

İktidardaki her Türk hükümeti, 15 milyon nüfuslu Kürt azınlığına karşı her zaman bütünsel bir savaş sürdürmüştür. 1.7 milyonun üzerinde Kürt sürgüne zorlanmıştır. Ankara'daki şovenist rejim on yıllar boyu Kürt ulusal varlığının her tezahürünü yok etme çabası gütmüş ve hatta Kürt dilini ve müziğini yasaklamış, Kürtlerin özgün bir halk olduğunun ağza alınmasını bile kanunsuz kılmıştır. Yasaklanan PKK'ya "terörist" damgası vuran Türk hükümeti tüm Kürt halkına karşı bir terör savaşı sürdürmektedir.

Ankara hükümeti güneydoğu Anadolu'daki Kürtlere karşı sürdürdüğü caniyane baskı için sadece geçtiğimiz yıl içerisinde 7 milyar dolar harcamıştır. Amerikan fantom jetleri ve Alman tanklarıyla donanmış Türk ordusu 874 köyü yerle bir etmiş, halkı yerinden yurdundan sürmüş ve dikenli teller ardına sokmuştur. Mart ayında yerel seçimler sıkıyönetim altında yapılırken Kürt yanlısı "legal" Demokrasi Partisi (DEP) binaları bombalanmış ve partinin yedi parlamenterleri hapse atılmıştır. 300.000 askerden oluşan bir askeri güç Kürt bölgesini terörize etmek için seferber edilmiştir.

Irak'ın 1991 yılında kanlı bir şekilde ABD önderliğinde işgalinden bu yana Türk hükümeti, Kürt-düşmanı terörünü Birleşmiş Milletler'in Kuzey Irak'ta Kürt mülteciler için kurduğu açlık kamplarına taşımıştır. Geçtiğimiz yıldan bu yana da, Ankara'nın NATO patronları bu savaşı Batı Avrupa'daki geniş Kürt göçmen topluma taşımışlardır. Geçtiğimiz Kasım ayında Fransa'da Balladur hükümeti PKK üyesi olduklarından "şüphe edildiği" gerekçesiyle 100'ün üzerinde Kürt militanını tutukladı. Bundan bir hafta sonra da Almanya'nın Helmut Kohl Hıristiyan Demokrat hükümeti, "muhalafetteki" Sosyal Demokratlar'ın (SPD) desteğiyle, PKK ve diğer 35 Kürt örgütünü yasakladı. Bütün bunlar, Türk solcu örgütü Devrimci Sol'un seneler önce yasaklanması kararının üzerine gelmektedir.

Tüm Batı Avrupa'da Kürtlere karşı soykırımcı bir hava estirilmektedir. Eylül ayı başlarında Paris'den Frankfurt'taki PKK festivaline gitmekte olan 1.500 Kürt, Alman sınırında durduruldu ve saatlerce otobüslerde bekletildi. 26 Kasım günü tam bir aşağılık gestapo tavrıyla Alman polisi 160 Kürt kuruluşunu ve Kürtlerin oturduğu birçok konutu basarak buraları harabeye çevirdi. Aralık ayı ortalarında polis yine, Frankfurt'taki bir PKK etkinliğine gitmekte olan otobüsleri durdurdu. Yüzlerce Kürt Kassel'de otobanı kapatarak protesto gösterisinde bulunurken KfsV, üzerinde "PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!" yazılı pankart açtı.

Geçen ay, Kürt yeni yılı Nevrozu kutlama etkinlikleri birçok Alman şehrinde "illegal politik eylem" olduğu gerekçesiyle yasaklandı. Polis yolları keserek yüzlerce Kürdü durdurdu, dövdü ve tutukladı. Tam bir çaresizlik içerisinde üç Kürt protesto için kendilerini yakarak intihar etti. Bunlardan ikisi, aileleri Türk askeriyesi ve cinayet çeteleri tarafından Kürdistan'da katledilen iki kadındı. Bu insanlar için 27 Mart günü Mannheim'de yapılması planlanan cenaze merasimi de yasaklandı ve — sanki ırkçı Güney Afrika'daymışcasına — bölgeye yüksek sayıda silahlı sınır polisleri (Bundesgrenzschutz) yığıldı. Buna rağmen Mannheim'de 10.000 kişi yürüdü ve "Dün Yahudiler, Bugün de Kürtler"

sloganı atarak Alman Dördüncü Reich'inin Nazi rejiminin bir devamcısı olduğuna işaret ettiler.

Kürt protestocuları (Hitler tarafından inşa edilen) otobanları kapatmak cüretini gösterdiklerinde *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24 Mart sayısında) gibi gazeteler histeriyle, bunun kitlesel terörden bile beter olduğunu yaygara ettiler. Hükümet, protestoculardan — 389'u SPD hakimiyetindeki Nordrhein-Westfalen eyaletinde olmak üzere — 500 kişiyi tutuklayıp suçladı ve bu insanları kitle halinde sınır dışı etmekle tehdit etti. SPD sadece, sınır dışı etmenin bir ön aşaması olarak bu insanların "adilce mahkeme" edilmesini istemekte. Bundan bir yıl önce bu "sosyalistler", Kohl'un Almanya anayasasındaki iltica hakkını işsizlik önüne koyulmasını önerisine olumlu oy verdiler ve böylece "yabancılarla" karşı faşist terörü mükafatlandırıp teşvik ettiler.

Almanya'da bugün, çoğu bu ülkede on yıllardır yaşamış olmasına rağmen vatandaşlık hakkından bile mahrum bırakılan, 500.000'in üzerinde Kürt göçmeni yaşamaktadır. Kürt ve Türk işçileri Almanya sendika hareketinin stratejik ve militan bir parçasını oluşturmaktadır. Ancak, Türk rejiminin soykırımcı saldırıları sonucu çıkmaza itilen Kürt milliyetçileri çaresizlik içerisinde, Türk lokantalarına, kültür merkezlerine ve seyahat acentalarına varana dek Türk olan herşeye karşı çirkincesine ayırım gözetmeksizin sert ve ani çıkışlarda bulunmuşlardır.

Kürtlere yapılan saldırılar kapitalist yeniden-birleşmeyle yükselen bir Alman milliyetçiliği ortamında gerçekleşmektedir. Bu da, 1992 yılındaki Rostok soykırımından, bir kaç ay sonra Mölln ve Solingen'de Türk ailelerinin ırkçı katline ve Mart ayı sonlarında Lübeck'te bir sinagogun kundaklanmasına kadar, caniyane Nazi terörünü körüklemiştir. Bu, buruvazinin işçi sınıfını bölmek ve eski Doğu Alman Demokratik Cumhuriyeti işçi devletinin ilhakının (*Anschluss*) faturasını işçilere ödetmek için, işçi sınıfına yaptığı saldırının bir parçasıdır.

Enternasyonal işçi hareketi, Dördüncü Reich'in Kürtlere karşı ırkçı saldırısına ve bu insanları Ankara'daki NATO müttefikinin işkence zindanlarına ve idam sephalarına sınır dışı etme tehdidine karşı kızgınlık ve muhalafetini acilen haykırmalıdır. Enternasyonal protesto kampanyasına katılalım ve hepbirlikte sesimizi yükselterek talep edelim: **PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Almanya'nın Uyguladığı Yasaklama Kahrolsun! Türk Solcu Gurubu Devrimci Sol'a Uygulanan Yasaklama Kahrolsun! Sınırdışı Etmelere Son!**

8 Nisan 1994

## Spartakist- Extrablatt Nr. 2 (in türkischer Sprache)

### Inhalt:

- Sovyet İşçi Devleti Nasıl Boğazlandı
- PKK, NATO'nun Adamı Kürt Katili Özal'a Barış Elini Uzattıyor
- Dördüncü Reich Terörünü Ezmek İçin İşçi/Göçmen Seferberliğine İleri!

16 Seiten, DM 0,50

Bestellt bei: SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin  
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60





# SPARTAKIST

New York, Londra, Paris, Toronto ve Sydney'de  
Enternasyonal Protesto Gösterileri:

## Almanya'da Kürt-düşmanı Baskıya Son!

14 Nisan – New York, Londra, Paris ve Sydney'de bugün yapılan gösterilerde Kürtlerin Almanya'dan Türkiye'nin işkence zindanlarına kitle halinde sınır dışı edilmeleri tehdidine karşı tehlike işareti verildi. Protesto gösterilerini Enternasyonal Komünist Ligası'nın (Dördüncü Enternasyonalist) kardeş savunu örgütleri çağırdı. Yapılan gösterilerde Kürdistan İşçi Partisi'ne (PKK) ve tüm Kürt örgütlerine uygulanan yasaklamaya karşı İngilizce, Fransızca, Almanca ve Türkçe bildirilerde bulunuldu. Bazı Alman eyaletlerinde SPD/CDU (Sosyal Demokrat/Hristiyan Demokrat) içişleri bakanlarının Kürtleri sınır dışı etme emrini halihazırda vermiş olmalarından dolayı bu protestoların acilliği bilhassa vurgulandı. Geçtiğimiz kasım ayında, destekçileri arasında onbinlerce işçi de bulunan PKK ve tüm Kürt örgütlerinin yasaklanması bu sınır dışı etmelerin yolda olduğuna haberciydi.

Enternasyonal protesto kampanyası çağırısıyla, Alman konsolosluk ve elçilikleri önünde birleşik cephe eylemleri gerçekleştirildi. Toronto (Kanada) ve Sydney'de (Avustralya) PKK destekçileri protesto gösterilerine katıldılar ve Kürtlere karşı sürdürülen terörü tüm dokunaklılığıyla anlattılar. Londra'daki eyleme Türk solcu gurubu Devrimci Sol bayrak ve flamalarıyla katıldı. Paris'teki protestoya Türk örgütleri CIK ve ACIT katıldılar. New York'ta yapılan raliden ayrılan bir Spartakist gurubu Katil-Çiller'in Amerika'ya ziyaretini protesto etmeye gitti. Aşağıda, Toplumsal Savunu Komitesi'nin (KfsV) bu gösteriler için yaptığı çağırını yayınlıyoruz.

Türk ordusu Kürt halkına karşı soykırım savaşını şiddetlen-

dirirken Alman hükümeti de, bu kitlesel cinayeti protesto etmek için eylem yapmak "suçundan" dolayı, yüzlerce Kürdü kitle halinde sınır dışı etmekle tehdit ediyor. Türk başbakanı Tansu Çiller bu yılı "Kürt sorunun nihai çözüm yılı" olarak ilan etmiştir. Almanya'dan sınır dışı edilecek herkes Türk rejiminin elinde korkunç işkencelere tutulmak ve hatta çoğu kez katledilmek olasılığıyla karşı karşıyadır.

Almanya Spartakist İşçi Partisi ve onun sınıf mücadelecisi savunuda kardeş örgütü KfsV (Toplumsal Savunu Komitesi), Dördüncü Reich'in Kürt örgütlerine yaptığı saldırıları, kitlesel protesto eylemlerine katılarak, baskının sona erdirilmesi için işçi hareketine etkin eylemlerde bulunması çağırılarını yaparak sürekli olarak ve ön saflarda ifşa ve protesto etmiştir.

KfsV'nin ABD, İngiltere, Fransa, Kanada ve Avustralya'daki sınıf mücadelecisi kardeş savunu örgütleri Almanya'nın Kürt-düşmanı baskısına karşı acilen enternasyonal protesto gösterileri düzenlediler. Bu gösteriler New York, Paris ve Londra'da 14 Nisan günü ve ayrıca Toronto ve Sydney'de Alman elçilikleri önünde yapılacaktır.

Protestonun talepleri: PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklamalar Kahrolsun! Türk Solcu Örgütü Devrimci Sol'a Uygulanan Yasaklama Kahrolsun! Sınırdışı Etmelere Son!

Amerika'daki gösterinin örgütleyicileri, Almanya'nın tutumuyla Amerikan hükümetinin tutumu arasında paralellik çizerek, Clinton yönetiminin Haiti'li mültecileri

Devamı 23. Sayfada



Kassel, 19 Aralık:  
SPD'li yerel  
hükümetin  
yasaklamasına  
rağmen binlerce  
insan protesto  
gösterisi yaptı